

Arbeitsakte

# **Akte: Mandantenanfragen Q2/2026 — Kanzlei Roosendaal & Tannenfels, Köln**

mandantenanfragen-kanzlei-roosendaal-koeln-erstkontakt-q2-2026

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

# Inhaltsverzeichnis

Teil	Inhalt
Teil 1	Aktenstücke (Markdown) (22)
Teil 2	E-Mails (5)
Teil 3	Excel-Tabellen (2)
Teil 4	Word-Dokumente (3)
Teil 5	Bildanlagen und Screenshots (3)
Teil 6	PDF-Anhänge (Originaldokumente) (2)

## Aktenstücke (Markdown)

Datei: 01-uebersicht-quartal2-2026.md

## Übersicht Erstanfragen Q2/2026 — Kanzlei Roosendaal & Tannenfels

Kanzlei: Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB Breite Straße 74, 50667 Köln Tel.: 0221 / 487 32 10 · Fax: 0221 / 487 32 19 [kanzlei@roosendaal-tannenfels.de](mailto:kanzlei@roosendaal-tannenfels.de)

Berichtszeitraum: 01.04.2026 – 30.06.2026 (Q2/2026) Erstellt: 02.07.2026 | Verantwortlich: RAin Eve Pohlmann (Triage-Koordination)

### Zusammenfassung

Im zweiten Quartal 2026 gingen bei der Kanzlei Roosendaal & Tannenfels insgesamt 8 Erstanfragen ein, die im Rahmen des strukturierten Aufnahmeprozesses vollständig gesichtet, auf Interessenkollisionen geprüft und einer Entscheidung zugeführt wurden. Von 8 Anfragen wurden 4 in ein reguläres Mandat überführt, 2 abgelehnt (davon 1 wegen Konflikt, 1 wegen Wirtschaftlichkeit), 1 an eine Fachkanzlei weitergeleitet und 1 zunächst angenommen, nach Konfliktfeststellung jedoch abgelehnt.

### Übersichtstabelle

AZ	Eingang	Mandant	Rechtsgebiet	Kanal	Status	Sachbearbeiter
RT-2026-Q2-0312	03.04.2026	Andreas Körber	Arbeitsrecht (Kündigung)	Webformular	Mandat erteilt	RA Tannenfels
RT-2026-Q2-0313	07.04.2026	Bianca Feldkamp	Mietrecht (Mietminderung)	Telefon	Abgelehnt — Konflikt	RAin Pohlmann
RT-2026-Q2-0314	14.04.2026	Margarethe Pellbach	Erbrecht (Erbstreit)	Empfehlung	Mandat erteilt	Dr. Vellbruck
RT-2026-Q2-0315	22.04.2026	Günter Hagenbroich	Verkehrsrecht (Unfall)	Kanzleischild	Abgelehnt — Streitwert	RA Gehrman
RT-2026-Q2-0316	05.05.2026	Karl-Heinz Schwarzbach	Baurecht (Nachbar)	Webformular	Mandat erteilt	RAin Orbach
RT-2026-Q2-0317	19.05.2026	Tannenmoor GmbH	IT-Recht/AGB	Webformular	Mandat erteilt	RAin Orbach
RT-2026-Q2-0318	02.06.2026	Dr. Petra Merkel	Gesellschaftsrecht	Empfehlung	Abgelehnt — Konflikt	Dr. Roosendaal

AZ	Eingang	Mandant	Rechtsgebiet	Kanal	Status	Sachbearbeiter
RT-2026-Q2-0319	18.06.2026	Helmut Trambach	Arzthaftung	Webformular	Weitergeleitet	Dr. Vellbruck

## Eingangskanäle Q2/2026

- Webformular (kanzlei-website): 4 Anfragen (50 %)
- Telefon: 1 Anfrage (12,5 %)
- Empfehlung durch Bestandsmandanten: 2 Anfragen (25 %)
- Kanzleischild / Walk-in: 1 Anfrage (12,5 %)

## Ergebnisquoten

- Mandat erteilt: 4 von 8 (50 %)
- Abgelehnt gesamt: 3 von 8 (37,5 %)
  - davon Interessenkollision: 2 - davon wirtschaftliche Gründe: 1
- Weitergeleitet: 1 von 8 (12,5 %)

## Besondere Vorgänge Q2

1. Anfrage-02 (Feldkamp): Konflikt mit Bestandsmandantin Klausberg — sofortige Ablehnung, Hinweis auf alternative Kanzlei. BORA § 3 Abs. 1 einschlägig.
2. Anfrage-04 (Hagenbroich): Streitwert ca. 800 EUR (Hagelschaden am Fahrrad); keine Kostensicherheit; Verweis auf Beratungshilfeschein nach § 1 BerHG.
3. Anfrage-07 (Merkel/Köhn): Mandatsbestätigung wurde zunächst versandt; nach Akteneinsicht Feststellung: Mitgesellschafter Köhn ist Mandant Dr. Roosendaal. Widerruf der Bestätigung, schriftliche Ablehnung.
4. Anfrage-08 (Trambach): Arzthaftungssache; kein Fachanwalt für Medizinrecht in der Kanzlei; Weiterleitung an Fachkanzlei Meinhardt & Partner, Düsseldorf.
5. DSGVO-Problem Webformular: Datenschutzbeauftragte RAin Orbach festgestellt, dass im Kontaktformular keine informierte Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO eingeholt wird; interne Maßnahme initiiert.

## Nächste Schritte

- Webformular bis 15.07.2026 auf DSGVO-konformen Stand bringen (RAin Orbach/IT)
- Standardisierte Konfliktcheck-Liste in Kanzleisoftware (Advoware) bis 01.08.2026
- Quartalsmeeting Mandatsaufnahme: 08.07.2026, 09:00 Uhr, Konferenzraum 2

Datei: 02-anfrage-01-kuendigung-koerber.md

## Anfrage-01: Kündigung — Andreas Körber

## Mandantendaten

Name: Andreas Körber geb.: 12.03.1981 Anschrift: Venloer Straße 218, 50823 Köln-Ehrenfeld Tel.: 0176 / 44 91 32 08 E-Mail: a.koerber@mailbox-privat.de

Arbeitgeber: Rheinland Logistik GmbH, Deutz-Mülheimer Straße 111, 51063 Köln Beschäftigt seit: 01.09.2016 (9 Jahre und 7 Monate Betriebszugehörigkeit) Position: Lagerleiter / gewerblich-kaufmännisch Gehalt: 3.850 EUR brutto/Monat (laut Mandantenangabe)

## Sachverhalt (Mandantenangabe bei Erstanfrage)

Herr Körber erhielt am 29.03.2026 eine außerordentliche fristlose Kündigung durch seinen Arbeitgeber, die Rheinland Logistik GmbH. Als Kündigungsgrund wurde im Kündigungsschreiben „grobe Pflichtverletzung“ genannt; nach Auskunft des Herrn Körber bezieht sich dies auf einen Vorfall vom 22.03.2026, bei dem er einem Kollegen gegenüber einen Verstoß gegen interne Versandanweisungen gerügt haben soll. Herr Körber bestreitet jede Pflichtverletzung und gibt an, lediglich seinen Pflichten als Lagerleiter nachgekommen zu sein.

Eine Abmahnung lag vor der Kündigung nicht vor. Der Betriebsrat wurde nach Angabe des Herrn Körber angehört; er ist selbst kein Betriebsratsmitglied.

Herr Körber hat das Kündigungsschreiben am 29.03.2026 erhalten (Übergabe am Arbeitsplatz). Die 3-Wochen-Frist für die Kündigungsschutzklage (§ 4 KSchG) läuft daher bis zum 19.04.2026.

## Erste rechtliche Einschätzung (RA Tannenfels, 03.04.2026)

1. KSchG-Anwendbarkeit: Betriebsgröße Rheinland Logistik GmbH (laut Handelsregister: ca. 140 Mitarbeiter) — KSchG anwendbar (§ 1 Abs. 1 KSchG, Wartezeit 6 Monate erfüllt; Betriebsgröße über 10 Vollzeitkräfte).
2. Außerordentliche Kündigung nach § 626 BGB: Wichtiger Grund muss vorliegen; bloße Wahrnehmung von Leitungsaufgaben ist kein wichtiger Grund. Abmahnungserfordernis wäre grundsätzlich gegeben gewesen.
3. Vorgehen: Unverzögliche Klageerhebung beim Arbeitsgericht Köln empfohlen. Klagefrist 19.04.2026 darf nicht verstrichen sein.
4. Streitwert:  $3 \times 3.850 \text{ EUR} = 11.550 \text{ EUR}$  (§ 42 Abs. 2 S. 1 GKG). Gebühr Nr. 2300 VV-RVG: Mittelgebühr bei Streitwert 11.550 EUR nach Anlage 2 zu § 13 RVG ca. 882 EUR zzgl. Auslagen und USt.

## Mandatserteilung

Vollmacht unterzeichnet: 08.04.2026 (Erstberatungstermin) Honorarmodell: Gesetzliche Vergütung nach RVG Klage erhoben: 15.04.2026, ArbG Köln, Az. 7 Ca 1243/26

## Anmerkungen

- Fristenkritisch: Klagefrist 19.04.2026 — wurde eingehalten.
- Kammertermin bisher nicht anberaumt.

- Güte Termin voraussichtlich Juli/August 2026.
- Keine Konfliktlage festgestellt; Rheinland Logistik GmbH kein Bestandsmandant.

Datei: 03-anfrage-02-mietminderung-feldkamp.md

## Anfrage-02: Mietminderung — Bianca Feldkamp

Aktenzeichen: RT-2026-Q2-0313 Eingang: 07.04.2026 (Telefonat, 14:23 Uhr, aufgenommen durch RA-Fachangestellte Sybille Wrörmert) Sachbearbeiter: RAin Eve Pohlmann Status: ABGELEHNT — Interessenkollision (BORA § 3 Abs. 1) Datum Ablehnung: 07.04.2026 (noch am Eingangtag)

### Mandantendaten

Name: Bianca Feldkamp geb.: 27.08.1988 Anschrift: Maarweg 91, 50825 Köln-Braunsfeld Tel.: 0221 / 74 22 19 (Festnetz) E-Mail: bianca.feldkamp@web.de

### Sachverhalt (telefonisch aufgenommen)

Frau Feldkamp mietet eine 3-Zimmer-Wohnung (72 qm) in einem Mehrfamilienhaus in Köln-Braunsfeld. Vermieterin ist Frau Gisela Klausberg, wohnhaft Gürtelstraße 44, 50677 Köln. Seit Oktober 2025 kommt es zu erheblichen Schimmelpilzbefall im Badezimmer und in einem Schlafzimmer. Frau Feldkamp hat die Vermieterin mehrfach schriftlich abgemahnt (Oktober und Dezember 2025), ohne Reaktion. Sie möchte Mietminderung geltend machen und ggf. auf Beseitigung des Mangels klagen. Monatliche Kaltmiete: 960 EUR.

### Konflikt-Check-Ergebnis

Sofortiger Abbruch des Telefonats zur Konfliktprüfung um 14:31 Uhr.

Ergebnis der Datenbankabfrage (Advoware-Mandantenstamm, 07.04.2026, 14:34 Uhr):

**Frau Gisela Klausberg, Gürtelstraße 44, 50677 Köln** ist seit 12.01.2024 Bestandsmandantin der Kanzlei Roosendaal & Tannenfels. Sie wird durch RAin Eve Pohlmann in einer laufenden WEG-Streitigkeit vertreten (Az. RT-2024-WEG-0077). Die Mandatierung ist aktiv.

Einschlägige Norm: BORA § 3 Abs. 1 — Ein Rechtsanwalt darf nicht tätig werden, wenn er eine andere Partei in derselben Rechtssache im widerstreitenden Interesse bereits beraten oder vertreten hat oder wenn zwischen der Tätigkeit für den neuen Auftraggeber und einer früheren Tätigkeit für einen anderen Auftraggeber ein Zusammenhang besteht, aus dem ein Interessenwiderstreit folgt. Im vorliegenden Fall ist die potenzielle Gegnerin (Vermieterin Klausberg) Mandantin der Kanzlei — ein offensichtlicher Interessenkonflikt.

### Entscheidung und Kommunikation

Frau Feldkamp wurde um 14:38 Uhr telefonisch kontaktiert und über die Ablehnung informiert. Keine inhaltliche Beratung erfolgte. Hinweis auf folgende Alternativen erteilt:

- Mieterverein Köln e.V., Tel.: 0221 / 16 84 90
- Anwaltssuchdienst der Rechtsanwaltskammer Köln, Tel.: 0221 / 70 60 40

Schriftliche Ablehnung (formlos, per E-Mail) versandt am 07.04.2026, 15:10 Uhr. Kein Aktenstück über Sachverhaltsinhalt angelegt (um Mandantengeheimnis Klausberg zu schützen).

## Anmerkungen

- Mandantin Klausberg wird nicht über die Anfrage informiert (Verschwiegenheitspflicht § 43a BRAO gegenüber Dritter).
- Keine Beratungsgebühr erhoben, da keine inhaltliche Beratung stattgefunden hat.
- Interne Notiz: Konfliktcheck-System hat Treffer korrekt erkannt; Schulung der Telefonzentrale bezüglich Erstabfrage-Schema (Gegnerpartei immer abfragen) als Verbesserungsmaßnahme festgehalten.

Datei: 04-anfrage-03-erbstreit-pellbach.md

## Anfrage-03: Erbstreit — Margarethe Pellbach

Aktenzeichen: RT-2026-Q2-0314 Eingang: 14.04.2026 (persönlicher Empfang nach telefonischer Terminvereinbarung) Empfohlen durch: Bestandsmandant Dr. Werner Pellbach (AZ RT-2022-GR-0144, Gesellschaftsrecht) Sachbearbeiter: Dr. Henrietta Vellbruck Status: Mandat erteilt / Honorarstreit offen

## Mandantendaten

Name: Margarethe Pellbach, geb. Hoffrichter geb.: 03.11.1954 Anschrift: Dürener Straße 312, 50935 Köln-Lindenthal Tel.: 0221 / 94 43 78 (Festnetz) E-Mail: m.pellbach@t-online.de Steueridentifikation: (liegt in Handakte)

## Sachverhalt

Frau Pellbach ist die Tochter des am 08.01.2026 verstorbenen Heinrich Hoffrichter (geb. 14.06.1931, Witwer, zuletzt wohnhaft in Bergisch Gladbach). Der Erblasser hat ein handschriftliches Testament vom 15.03.2018 hinterlassen, welches Frau Pellbach als Alleinerbin einsetzt.

Ihr Bruder, Rainer Hoffrichter (geb. 22.09.1957, wohnhaft Aachen), bestreitet die Wirksamkeit des Testaments. Er behauptet, der Vater sei zum Zeitpunkt der Testamentserrichtung nicht testierfähig gewesen (Hinweis auf beginnende Demenz laut einem Attest seines Hausarztes Dr. Molden vom März 2018). Zudem macht er seinen Pflichtteil geltend und gibt an, aus dem Testament vollständig enterbt zu sein.

Nachlass vorläufig geschätzt:

- Einfamilienhaus Bergisch Gladbach (Verkehrswert ca. 480.000 EUR laut Maklereinschätzung)
- Sparguthaben: ca. 62.000 EUR
- Wertpapierdepot: ca. 41.000 EUR
- PKW (VW Golf, Bj. 2019): ca. 12.000 EUR
- Schulden: keine

Gesamtnachlass vorläufig: ca. 595.000 EUR. Pflichtteilsquote Rainer Hoffrichter: 1/4 des gesetzlichen Erbteils (§§ 2303, 2310 BGB) = bei gesetzlicher Erbfolge 1/2 des Nachlasses; Pflichtteil 1/4 davon = 1/4 x

595.000 EUR = ca. 148.750 EUR.

## Sachverhaltsbesonderheit: Testamentszweifel

Das ärztliche Attest des Hausarztes Dr. Molden gibt lediglich eine allgemeine Sorge über kognitive Veränderungen an, enthält aber keine psychiatrische Diagnose und kein formelles Attest über Testierunfähigkeit (§ 2229 BGB). Dr. Vellbruck hält es für gut vertretbar, die Testierfähigkeit zu verteidigen.

## Erstberatung und Mandatserteilung

Erstberatung: 14.04.2026, 10:30–12:00 Uhr (90 Minuten) Honorar Erstberatung: 190 EUR netto (§ 34 Abs. 1 RVG, Beratungsgebühr, schriftlich vereinbart)

Vereinbartes Honorarmodell für das laufende Mandat: Zeithonorar 280 EUR/Stunde zzgl. 19 % USt und Auslagen. Honorarvereinbarung wurde von Dr. Vellbruck im Erstgespräch mündlich besprochen; schriftliche Unterzeichnung war für den Folgetag vereinbart.

## Honorarstreit

Frau Pellbach meldete sich am 22.04.2026 telefonisch und bestritt, das Zeithonorar-Modell vereinbart zu haben. Sie behauptet, man habe lediglich über die gesetzlichen Gebühren nach RVG gesprochen. Dr. Vellbruck notierte: „Frau P. lehnte Unterzeichnung schriftl. HV zunächst ab; Schriftstück liegt deshalb nicht unterzeichnet vor. Nachforderungsrisiko.“

Sachverhalt intern dokumentiert; Honorarvereinbarung wurde am 23.04.2026 schriftlich nachgefertigt und per Einschreiben zur Unterzeichnung zugesandt (Rücklauf ausstehend zum Stichtag 30.06.2026).

Bis Klärung: vorläufige Abrechnung nach gesetzlichen Gebühren RVG (sicherer für die Kanzlei).

## Weiterer Verlauf

- Erbscheinsantrag bei AG Bergisch Gladbach vorbereitet (§ 2353 BGB)
- Anforderung Sterbeurkunde, Testament, Nachlassverzeichnis
- Schreiben an RA Dr. Kern (Gegenseite Rainer Hoffrichter) angekündigt für KW 20/2026
- Pflichtteilsberechnung (Bl. 14 dieser Akte) noch ausstehend

Datei: 05-anfrage-04-verkehrsunfall-hagenbroich.md

## Anfrage-04: Verkehrsunfall — Günter Hagenbroich

Aktenzeichen: RT-2026-Q2-0315 Eingang: 22.04.2026 (Walk-in nach Kanzleischild, kein vorheriger Termin) Sachbearbeiter: RA Tobias Gehrmann Status: ABGELEHNT — Streitwert wirtschaftlich nicht vertretbar; Verweis auf Beratungshilfe

## Mandantendaten



Name: Günter Hagenbroich geb.: 18.11.1949 Anschrift: Subbelrather Straße 422, 50825 Köln-Bickendorf  
Tel.: kein Festnetz; Mobilnr. 0151 / 44 88 21 09 Einkommensnachweis: Rentner, Rentenbescheid ALG II +  
Rente gesamt ca. 1.100 EUR/Monat netto

## Sachverhalt

Herr Hagenbroich schildert am 22.04.2026 folgenden Unfallhergang: Am 17.04.2026, gegen 11:15 Uhr, sei sein Fahrrad (Marke Gazelle Arroyo, Baujahr 2021, Wiederbeschaffungswert nach eigener Einschätzung ca. 750 EUR) beim ordnungsgemäßen Parken auf einem öffentlichen Parkplatz in Köln-Bickendorf durch einen davonfahrenden PKW (Kennzeichen teilweise abgelesen: K-WT ...) beschädigt worden. Schaden am Fahrrad: Beule am Rahmen, verbogener Lenker, gerissene Bremsleitung. Reparaturkosten laut Kostenvoranschlag Fahrrad Brunkow, Aachener Straße: 310 EUR.

Herr Hagenbroich hat den Vorfall der Polizei nicht gemeldet und kein vollständiges Kennzeichen notiert. Der verursachende Fahrer ist flüchtig.

## Rechtliche Einschätzung (RA Gehrman, 22.04.2026)

1. Streitwert: ca. 310–800 EUR (Reparaturkosten + ggf. Nutzungsausfall). Selbst bei Ansatz des Wiederbeschaffungswerts als Schaden bleibt der Streitwert unter 1.000 EUR.
2. Identifizierung des Schädigers: Ohne vollständiges Kennzeichen keine Haftpflichtversicherung des Schädigers abrufbar. Unfallschaden aus laufenden Kraftfahrtversicherungen nicht abgedeckt (Herr Hagenbroich gibt an, keine eigene KFZ-Haftpflicht zu haben). Denkbare Route: ADAC-Opferschutzfonds, aber nur bei bestimmten Bedingungen.
3. Wirtschaftlichkeit: Honorar bei außergerichtlicher Tätigkeit nach RVG Nr. 2300 VV-RVG (Streitwert 800 EUR): Gebühr 1,3 nach Nr. 2300 = ca. 88,40 EUR  $\times$  1,3 = 114,92 EUR zzgl. Auslagen und USt — ca. 150 EUR Anwaltskosten. Diese wären vom Schädiger zu tragen, wenn dieser ermittelt würde, was ohne Kennzeichen nahezu ausgeschlossen ist.
4. Beratungshilfe: Herr Hagenbroich ist dem Grunde nach beratungshilfeberechtigt (§ 1 BerHG) angesichts seiner Einkommensverhältnisse. Das Amtsgericht Köln (Beratungshilfestelle) kann einen Beratungshilfeschein ausstellen.

## Entscheidung

Kein Mandat erteilt. Begründung: Die Kombination aus unbekanntem Schädiger, niedrigem Streitwert und fehlendem wirtschaftlichen Nutzen macht eine Mandatsübernahme für die Kanzlei nicht vertretbar. Eine außergerichtliche Geltendmachung ohne identifizierten Gegner ist aussichtslos.

Herrn Hagenbroich wurde folgendes empfohlen:

- Erstattung einer Strafanzeige wegen unerlaubten Entfernens vom Unfallort (§ 142 StGB) bei der Polizei Köln-West (für eine etwaige spätere Identifizierung)
- Beantragung eines Beratungshilfescheins beim Amtsgericht Köln (Beratungshilfestelle, Luxemburger Straße 101) nach § 1 BerHG
- Kontaktaufnahme mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat oder ADAC für ggf. weitere Hilfestellung

## Nachklang: Bewertungsplattform-Beschwerde

Am 29.04.2026 erschien auf der Bewertungsplattform anwaltauskunft.de folgende Rezension unter dem Nutzerprofil „GHagenbroich\_Koeln“:

\*„Kanzlei hat mir nicht geholfen, obwohl mir Unrecht geschehen ist. Musste erst erklären was Beratungshilfe ist. Unfreundlich.“\*

Intern dokumentiert. Keine rechtliche Maßnahme erforderlich; eine sachliche öffentliche Antwort durch die Kanzlei wurde am 02.05.2026 verfasst (dokumentiert in Akte 21-mandantenzufriedenheit-feedback.md).

Datei: 06-anfrage-05-baurecht-schwarzbach.md

## Anfrage-05: Baurecht / Nachbarstreit — Karl-Heinz Schwarzbach

Aktenzeichen: RT-2026-Q2-0316 Eingang: 05.05.2026 (Webformular, 17:12 Uhr) Sachbearbeiter: RAin Sina Orbach Status: Mandat erteilt, Erstberatung 09.05.2026

### Mandantendaten

Name: Karl-Heinz Schwarzbach geb.: 29.04.1962 Anschrift: Nikolausstraße 8, 51465 Bergisch Gladbach  
Tel.: 02202 / 84 71 22 (Festnetz) E-Mail: khschwarzbach@gmx.de Beruf: Ingenieurbüroinhaber (selbständig)

### Sachverhalt

Herr Schwarzbach ist Eigentümer eines Einfamilienhauses in Bergisch Gladbach. Im Februar 2026 hat sein Nachbar, Herr Ewald Brandtner (Nikolausstraße 6), ohne Baugenehmigung einen Carport auf der gemeinsamen Grundstücksgrenze errichtet. Der Carport überschreitet nach Angabe von Herrn Schwarzbach den zulässigen Grenzabstand gemäß § 6 Abs. 1 BauO NRW erheblich (mutmaßlich 0 m statt mindestens 0,50 m nach § 6 Abs. 14 BauO NRW für Garagen/Carports bis 50 qm).

Zudem wird Herrn Schwarzbachs Garten durch das Carport-Dach (Wellblech) bei Regen erheblich mit Wasser abgeleitet. Schäden am angrenzenden Rosenbeet und Pflasterweg (geschätzt 1.400 EUR).

Herr Schwarzbach hat Herrn Brandtner am 10.03.2026 schriftlich aufgefordert, den Carport zu beseitigen. Herr Brandtner lehnte ab mit Hinweis auf eine angebliche mündliche Genehmigung durch die Gemeinde.

### Rechtliche Einschätzung (RAin Orbach, 09.05.2026)

1. Öffentliches Baurecht: Genehmigungspflicht des Carports nach § 63 BauO NRW i.V.m. § 65 BauO NRW (Verfahrensfreiheit nur bei Übereinstimmung mit BauO NRW); behauptete mündliche Gemeindegenehmigung ist rechtlich ohne Belang.
2. Privatrechtlicher Anspruch auf Beseitigung: § 1004 Abs. 1 BGB i.V.m. § 823 BGB; nachbarrechtliche Ansprüche nach §§ 37 ff. NachbG NRW (Überhang, Grenzabstand).
3. Verwaltungsrechtlicher Weg: Bauordnungsamt Bergisch Gladbach kann zur Beseitigung aufgefordert werden (Drittanfechtung, § 75 VwGO möglich, wenn Baugenehmigung erteilt wird).
4. Streitwert: Ca. 8.000–12.000 EUR (Beseitigung + Schadensersatz).

5. Empfehlung: Zweispurige Vorgehensweise — Anfrage beim Bauordnungsamt und gleichzeitige Klagevorbereitung beim Amtsgericht Bergisch Gladbach.

## Mandatserteilung

Vollmacht unterzeichnet: 09.05.2026 Honorarmodell: Gesetzliche Vergütung nach RVG;  
Streitwert-Schätzung 10.000 EUR; Gebühr Nr. 2300: ca. 729 EUR × 1,3 = ca. 948 EUR zzgl. USt und Auslagen. Schreiben an Bauordnungsamt Bergisch Gladbach versandt: 14.05.2026 Schreiben an Herrn Brandtner (RA Orbach): 14.05.2026 — Aufforderung zur Beseitigung bis 04.06.2026

## Anmerkungen

- Kein Interessenkonflikt festgestellt; Herr Brandtner kein Mandant der Kanzlei.
- Reaktion Bauordnungsamt: Eingangsbestätigung 20.05.2026; Bearbeitung angekündigt bis KW 25.
- Herr Brandtner ließ sich durch RAin Dr. Heike Vogelsang (Köln) vertreten; Reaktion ihres Schreibens vom 28.05.2026: Carport sei verfahrensfrei.

Datei: 07-anfrage-06-onlineshop-streit-tannenmoor.md

## Anfrage-06: Onlineshop-Streit / IT-Recht — Tannenmoor GmbH

Aktenzeichen: RT-2026-Q2-0317 Eingang: 19.05.2026 (Webformular, 10:04 Uhr) Sachbearbeiter: RAin Sina Orbach Status: Mandat erteilt, Erstberatung 22.05.2026; Zusatzproblem DSGVO intern eskaliert

## Mandantendaten

Firma: Tannenmoor GmbH (Onlinehandel, Spielzeug und Kinderbedarf) Sitz: Bonner Straße 302, 50968 Köln-Bayenthal Handelsregister: HRB 103847, AG Köln Geschäftsführer: Oliver Wendeborn (alleinvertretungsberechtigt laut HR) Kontakt: o.wendeborn@tannenmoor-shop.de | Tel.: 0221 / 38 14 92

## Sachverhalt

Die Tannenmoor GmbH betreibt einen Onlineshop für Spielzeug und Kinderbedarf unter [www.tannenmoor-shop.de](http://www.tannenmoor-shop.de). Ein Kunde, Herr Franz Poremba (Hannover), hat am 12.03.2026 Spielwaren im Wert von 312 EUR bestellt und nach Lieferung Rücksendung angemeldet. Die Rücksendung lief ordnungsgemäß ein; die Erstattung des Kaufpreises blieb aus. Herr Poremba hat über seinen Rechtsanwalt (RA Keiler, Hannover) am 05.05.2026 eine Mahnung und anschließend am 14.05.2026 eine außergerichtliche Zahlungsaufforderung mit Frist 23.05.2026 zugesandt.

Geschäftsführer Wendeborn gibt an, die Erstattung sei aufgrund eines technischen Fehlers im Zahlungssystem (Payment-Provider Klarna) ausgeblieben; ein internes Ticket bei Klarna sei seit 18.03.2026 offen. Herr Wendeborn möchte die anwaltliche Korrespondenz durch die Kanzlei übernehmen lassen und prüfen, ob eine außergerichtliche Einigung möglich ist. Zudem möchte er die AGB des Onlineshops überprüfen lassen (letzte Aktualisierung: 2023).

## DSGVO-Problem: Webformular-Einwilligung

Im Rahmen der Mandatsprüfung fiel RAin Orbach auf, dass das Kontaktformular auf [www.tannenmoor-shop.de](http://www.tannenmoor-shop.de) zwar eine Checkbox für die Datenschutzerklärung enthält, jedoch keine explizite Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO abfragt. Die Checkbox ist mit folgendem Text verknüpft: „Ich stimme der Verarbeitung meiner Daten zu.“ — Ein Link auf die Datenschutzerklärung fehlt. Informationspflichten nach Art. 13 DSGVO sind damit nicht erfüllt.

Darüber hinaus: RAin Orbach stellte fest, dass das Kontaktformular der eigenen Kanzleiwebsite ([roosendaal-tannenfels.de](http://roosendaal-tannenfels.de)) ebenfalls keine vollständige Datenschutz-Information nach Art. 13 DSGVO enthält (Datenschutzhinweis ist nicht direkt verlinkt; nur am Footer). Interne Eskalation an RAin Orbach als Datenschutzbeauftragte der Kanzlei; Behebung bis 30.06.2026 angeordnet.

## Rechtliche Einschätzung (RAin Orbach, 22.05.2026)

1. Zur Hauptsache (Rückforderung Poremba): Anspruch auf Erstattung unstrittig (§ 357 Abs. 1 BGB bei Widerruf, § 346 BGB bei Rücktritt). Technischer Fehler im Zahlungssystem ist Sphäre der Tannenmoor GmbH; kein Einwand gegenüber Kunden. Empfehlung: Sofortige Überweisung + Klärung mit Klarna intern.
2. Zur AGB-Prüfung: Angebot einer umfassenden AGB-Überarbeitung; Angebot an Tannenmoor GmbH für einen separaten Auftrag.
3. Zur DSGVO (Tannenmoor-Formular): Empfehlung unverzüglicher Anpassung; mögliche Bußgelder nach Art. 83 DSGVO (bis 10 Mio. EUR oder 2 % Jahresumsatz) bei Beschwerde.

## Mandatserteilung

Vollmacht der Tannenmoor GmbH (vertreten durch GF Wendeborn): 22.05.2026 Honorar: Zeithonorar 260 EUR/Stunde (Honorarvereinbarung unterzeichnet) Schreiben an RA Keiler: 25.05.2026 — Stellungnahme, Erstattungszusage, Bitte um Fristverlängerung bis 10.06.2026 Erstattung durch Tannenmoor GmbH: 01.06.2026 (310 EUR inkl. Zinsen)

## Anmerkungen

- AGB-Überarbeitung als separates Mandat (RT-2026-Q2-0317a) in Bearbeitung.
- DSGVO-Formular Tannenmoor: technische Umsetzung durch Webentwickler Herrn Wendeborn bestätigt bis 10.06.2026.
- Internes DSGVO-Problem der Kanzlei: Akte 19-datenschutzhinweis-mandant.md.

Datei: 08-anfrage-07-gesellschafterstreit-merkel-koehn.md

## Anfrage-07: Gesellschafterstreit — Dr. Petra Merkel / Köhn

Aktenzeichen: RT-2026-Q2-0318 Eingang: 02.06.2026 (Empfehlung durch Steuerberaterin Frau Irene Huttrop) Sachbearbeiter: Dr. Falk Roosendaal Status: ABGELEHNT — Interessenkollision / Mandatsrücknahme nach Erstberatung

## Mandantendaten

Name: Dr. Petra Merkel geb.: 17.07.1971 Anschrift: Rolandstraße 52, 53179 Bonn Tel.: 0228 / 63 41 09  
E-Mail: p.merkel@dr-merkel-architektur.de Beruf: Architektin, Mitgesellschafterin Merkel & Köhn  
Architektur GbR

## Sachverhalt

Dr. Petra Merkel ist Mitgesellschafterin der Merkel & Köhn Architektur GbR (GbR-Vertrag 2019; Sitz Bonn). Mitgesellschafter ist Dipl.-Ing. Robert Köhn. Die GbR betreibt ein Architekturbüro mit 12 Mitarbeitern. Zwischen Dr. Merkel und Herrn Köhn besteht seit Anfang 2026 ein Streit über:

1. Ergebnisverteilung 2025: Herr Köhn beansprucht laut GbR-Vertrag § 7 eine Sonderentnahme für ein von ihm allein akquiriertes Großprojekt (Schulneubau Rhein-Sieg-Kreis, Projektvolumen 18 Mio. EUR Bausumme); Dr. Merkel bestreitet diese Interpretation.
2. Ausscheiden: Dr. Merkel erwägt das Ausscheiden aus der GbR und möchte ihren Anteil abfinden lassen; Bewertung des Gesellschaftsanteils streitig.
3. Wettbewerbsklausel: GbR-Vertrag § 14 enthält ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot für 2 Jahre; Dr. Merkel hält es für unwirksam (§ 723 BGB analog, fehlende Gegenleistung).

## Konflikt-Check-Ergebnis

Erstberatung wurde — fehlerhafterweise — am 03.06.2026 ohne vollständige Konfliktprüfung begonnen. Während der Besprechung nannte Dr. Merkel den Namen des Mitgesellschafters (Dipl.-Ing. Robert Köhn). Dr. Roosendaal erkannte daraufhin, dass Herr Robert Köhn unter dem Aktenzeichen RT-2023-GS-0207 Bestandsmandant der Kanzlei ist (laufende Gesellschaftsrechtssache). Die Erstberatung wurde sofort unterbrochen.

Einschlägig: BORA § 3 Abs. 1 Nr. 1 — Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen. BRAO § 43a Abs. 4 — Verschwiegenheitspflicht gegenüber beiden Mandanten.

## Umgang mit dem Fehler

Internes Protokoll (Dr. Roosendaal, 03.06.2026):

Die Mandatsbestätigung war bereits vor dem Erstgespräch versandt worden (E-Mail 02.06.2026, 17:45 Uhr — Fehler des Sekretariats). Nach Unterbrechung der Erstberatung:

1. Dr. Merkel sofort über Konflikt und Nichtfortsetzung informiert (mündlich 03.06.2026, 10:52 Uhr).
2. Schriftliche Mandatsrücknahme per E-Mail 03.06.2026, 14:30 Uhr (Entwurf in Akte 16).
3. Keine inhaltlichen Informationen aus dem Gespräch an RA-Team kommuniziert.
4. Herr Köhn (Bestandsmandant) nicht über die Anfrage informiert (Verschwiegenheitspflicht).
5. Keine Beratungsgebühr erhoben (ca. 10 Minuten Gespräch; kein abrechenbarer Inhalt).

## Empfehlung für Dr. Merkel

Kanzlei Kreutzer & Ballmann, Bonn (Spezialisierung Gesellschaftsrecht, kein Bezug zu Herrn Köhn bekannt), Tel.: 0228 / 94 50 10.

## Interne Konsequenz

Sekretariatsanweisung: Mandatsbestätigung darf erst nach vollständigem Konfliktcheck und Freigabe durch einen RA versandt werden. Neue interne Freigabeliste ab 01.07.2026. (Vgl. auch Quartalabschlussvermerk Aktenstück 22.)

Datei: 09-anfrage-08-arzthaftung-trambach.md

## Anfrage-08: Arzthaftung — Helmut Trambach

Aktenzeichen: RT-2026-Q2-0319 Eingang: 18.06.2026 (Webformular, 08:31 Uhr) Sachbearbeiter: Dr. Henrietta Vellbruck (Erstzuordnung) Status: WEITERGELEITET — Fachkanzlei Meinhardt & Partner, Düsseldorf

### Mandantendaten

Name: Helmut Trambach geb.: 05.09.1957 Anschrift: Clevischer Ring 118, 51063 Köln-Mülheim Tel.: 0221 / 96 43 21 E-Mail: helmut.trambach@email.de Beruf: Rentner (ehemals Verwaltungsangestellter)

### Sachverhalt

Herr Trambach wurde am 04.03.2026 im Klinikum Köln-Holweide (Chirurgie) an der Hüfte operiert (Hüftgelenkersatz, TEP links). Nach der Operation entwickelte sich eine Wundinfektion, die nach Angabe von Herrn Trambach auf eine Keimübertragung im OP-Bereich zurückzuführen ist. Herr Trambach musste am 18.03.2026 einer Revisionsoperation unterzogen werden. Er gibt an, ihm sei präoperativ nicht vollständig über das Infektionsrisiko aufgeklärt worden.

Folgen laut Mandantenangabe:

- Verlängerte Krankenhausverweildauer (17 Tage statt geplant 7 Tage)
- Mehrmonatige Rehabilitation (bis voraussichtlich September 2026)
- Dauerhafter Bewegungseinschränkung nicht auszuschließen
- Berufsunfähigkeitsleistungen der DRV in Frage gestellt (Rentner, aber Nebentätigkeit als Hausmeister, Einkommen ca. 600 EUR/Monat)
- Schmerzensgeld: Anspruch auf ca. 25.000–60.000 EUR (orientierend ADAC-Schmerzensgeldtabelle vergleichbare Fälle)

### Rechtliche Einschätzung und Kompetenzabwägung (Dr. Vellbruck, 19.06.2026)

Dr. Vellbruck stellte fest: Bei dem Sachverhalt handelt es sich um eine Arzthaftungssache (§§ 823, 630a ff. BGB; Behandlungsfehler, Aufklärungsfehler). Die Kanzlei Roosendaal & Tannenfels verfügt über keinen Fachanwalt für Medizinrecht (FAMedR). Die Materie erfordert:

- Kenntnis der medizinischen Leitlinien (RKI-Hygieneleitlinien Operationssaal)
- Umgang mit Sachverständigengutachten (ärztliche Fachgutachter)

- Erfahrung mit Schlichtungsstellen (Ärztekammer Nordrhein)
- Klage vor dem Landgericht (Streitwert > 25.000 EUR; zuständig LG Köln)

Eine Übernahme des Mandats ohne entsprechende Fachkompetenz wäre berufsrechtlich und haftungsrechtlich riskant (vgl. BRAO § 43a, allgemeine Sorgfaltspflicht).

## Weiterleitung

Empfohlen und koordiniert: Fachkanzlei Meinhardt & Partner, Rechtsanwälte, Düsseldorf (Spezialisierung Arzthaftungsrecht, Medizinrecht; Fachanwalt Dr. Lars Meinhardt FAMedR).

Kontaktaufnahme durch Dr. Vellbruck bei Dr. Meinhardt: 19.06.2026 (Telefonat). Dr. Meinhardt hat die Übernahme des Mandats grundsätzlich zugesagt; Herr Trambach wurde über die Weiterleitung informiert und hat zugestimmt.

Schreiben an Herrn Trambach (Weiterleitungsschreiben): 20.06.2026 (Aktenstück 17 dieser Akte) Keine Beratungsgebühr erhoben (keine inhaltliche Rechtsauskunft erteilt, § 34 RVG nicht ausgelöst).

## Anmerkungen

- Verjährungsfrist: Arzthaftungsansprüche verjähren nach §§ 195, 199 BGB in 3 Jahren ab Kenntniserlangung. Kenntnisdatum hier: spätestens 18.03.2026 (Revisionsoperation). Verjährungsende: 31.12.2029. Keine Fristdringlichkeit im Sommer 2026, aber Dr. Meinhardt wurde auf die Verjährungsthematik hingewiesen.
- Schlichtungsverfahren: Ärztekammer Nordrhein bietet Schlichtungsverfahren an (kostengünstig, vor Klage zu erwägen).

Datei: 10-konfliktcheck-protokoll.md

## Konflikt-Check-Protokoll Q2/2026

Kanzlei: Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB Erstellt: 01.07.2026 | Verantwortlich: Dr. Falk Roosendaal (Managing Partner) Grundlage: BORA §§ 3, 4; BRAO § 43a Abs. 4; BerufsO der RAK Köln

## Zweck

Dieses Protokoll dokumentiert für jede im Quartal Q2/2026 eingegangene Erstanfrage das Ergebnis des Konflikt-Checks (Bestandsmandanten-Abgleich, Parteidentitätscheck, Interessenkonfliktprüfung). Die Prüfung ist Pflichtbestandteil des Aufnahmeprozesses und vor Erstberatungsbeginn abzuschließen.

Rechtsgrundlage Interessenkonflikt:

- BORA § 3 Abs. 1: Verbot der Vertretung bei widerstreitenden Interessen in derselben Rechtssache.
- BRAO § 43a Abs. 4: Verschwiegenheitspflicht; keine mandatsübergreifende Nutzung von Informationen.
- CCBE-Verhaltensregeln Ziff. 3.2 (für grenzüberschreitende Mandate).

## Prüfergebnis je Anfrage



### **RT-2026-Q2-0312 — Körber (Arbeitsrecht)**

Prüfdatum: 03.04.2026 | Prüfer: RA Tannenfels Gegner: Rheinland Logistik GmbH, Köln  
Bestandsmandanten-Abgleich: negativ (Rheinland Logistik GmbH kein Mandant; keine verwandten Mandate) Ergebnis: KEIN KONFLIKT — Mandat unbeschränkt übernahmefähig

### **RT-2026-Q2-0313 — Feldkamp (Mietrecht)**

Prüfdatum: 07.04.2026 | Prüferin: RAin Pohlmann Gegnerin (Vermieterin): Gisela Klausberg, Gürtelstraße 44, 50677 Köln Bestandsmandanten-Abgleich: POSITIV — Klausberg, Gisela: aktives Mandat RT-2024-WEG-0077 (RAin Pohlmann) Ergebnis: KONFLIKT — Ablehnung der Anfrage Feldkamp. BORA § 3 Abs. 1 einschlägig. Ablehnung erfolgt: 07.04.2026 (noch am Eingangtag) Mandantin Klausberg nicht informiert (Verschwiegenheit BRAO § 43a)

### **RT-2026-Q2-0314 — Pellbach (Erbrecht)**

Prüfdatum: 14.04.2026 | Prüferin: Dr. Vellbruck Gegner: Rainer Hoffrichter (Bruder der Mandantin) Bestandsmandanten-Abgleich: negativ (Rainer Hoffrichter kein Mandant; sein Anwalt Dr. Kern ebenfalls kein Mandant) Besonderheit: Empfehler Dr. Werner Pellbach ist Bestandsmandant (AZ RT-2022-GR-0144); kein Interessenwiderstreit (völlig anderer Rechtskreis — Gesellschaftsrecht vs. Erbrecht) Ergebnis: KEIN KONFLIKT — Mandat übernahmefähig

### **RT-2026-Q2-0315 — Hagenbroich (Verkehrsrecht)**

Prüfdatum: 22.04.2026 | Prüfer: RA Gehrman Gegner: unbekannte Person (flüchtiger Kfz-Führer; kein Name bekannt) Bestandsmandanten-Abgleich: Prüfung mangels Gegneridentität nur eingeschränkt möglich Ergebnis: KEIN KONFLIKT — Ablehnung aus wirtschaftlichen Gründen (kein Mandat)

### **RT-2026-Q2-0316 — Schwarzbach (Baurecht)**

Prüfdatum: 05.05.2026 | Prüferin: RAin Orbach Gegner: Ewald Brandtner, Nikolausstraße 6, Bergisch Gladbach Bestandsmandanten-Abgleich: negativ (kein Mandant der Kanzlei) Ergebnis: KEIN KONFLIKT — Mandat übernahmefähig

### **RT-2026-Q2-0317 — Tannenmoor GmbH (IT-Recht)**

Prüfdatum: 19.05.2026 | Prüferin: RAin Orbach Gegner: Franz Poremba (Privatkunde), RA Keiler (Hannover) Bestandsmandanten-Abgleich: negativ Ergebnis: KEIN KONFLIKT — Mandat übernahmefähig

### **RT-2026-Q2-0318 — Merkel/Köhn (Gesellschaftsrecht)**

Prüfdatum: 02.06.2026 (Eingang) — Vollständige Prüfung VERSÄUMT vor Erstberatungsbeginn Erster Prüfer: — (nicht dokumentiert; Mandatsbestätigung irrtümlich bereits versandt) Feststellung Konflikt: 03.06.2026 während laufender Erstberatung durch Dr. Roosendaal Gegner/Betroffener: Dipl.-Ing. Robert Köhn Bestandsmandanten-Abgleich: POSITIV — Köhn, Robert: aktives Mandat RT-2023-GS-0207 (Dr. Roosendaal) Ergebnis: KONFLIKT — Mandatsrücknahme 03.06.2026. BORA § 3 Abs. 1, BRAO § 43a. Interne Maßnahme: Prozessänderung (Freigabeliste vor Mandatsbestätigung), vgl. Aktenstück 22.

### **RT-2026-Q2-0319 — Trambach (Arzthaftung)**

Prüfdatum: 18.06.2026 | Prüferin: Dr. Vellbruck Gegner: Klinikum Köln-Holweide (Körperschaft des öffentlichen Rechts) Bestandsmandanten-Abgleich: negativ Ergebnis: KEIN KONFLIKT — Weiterleitung aus Kompetenzgründen (kein Arzthaftungsrecht-Spezialist)

## **Zusammenfassung Konflikt-Check Q2/2026**



Anfragen gesamt	Kein Konflikt	Konflikt festgestellt	Konflikt vor Beratung	Konflikt während Beratung
8	6	2	1 (Feldkamp)	1 (Merkel/Köhn)

## Verbesserungsmaßnahmen

1. Konfliktcheck muss vor jeder Mandatsbestätigung abgeschlossen und schriftlich freigegeben sein.
2. Telefon-Erstanfrage: Name des Gegners ist bei der Annahme standardmäßig zu erfragen (neu: Checkliste Telefonzentrale ab 01.07.2026).
3. Advoware-Datenbankpflege: Quartalsweise Aktualisierung aller aktiven Mandanten-/Gegnerlisten durch RA-Fachangestellte.

Datei: 11-mandantenfaehigkeit-juristische-personen.md

## Mandatsfähigkeit juristischer Personen — Prüfschema Q2/2026

Kanzlei: Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB Verfasst: RAin Sina Orbach | Stand: Mai 2026  
Anlass: Eingang Anfrage Tannenmoor GmbH (RT-2026-Q2-0317); Standardisierungsbedarf

### Hintergrund

Die Mandatsübernahme von juristischen Personen (GmbH, AG, GbR, PartmbB, Verein, Stiftung, KG, UG) erfordert neben dem Interessenkonflikt-Check eine gesonderte Prüfung der Mandatsfähigkeit, d.h. der Fähigkeit, durch einen Bevollmächtigten wirksam ein Mandat zu erteilen. Dies betrifft insbesondere:

- Vertretungsberechtigung des Unterzeichners (Geschäftsführer, Vorstand, Gesellschafter)
- Wirksamkeit der Vollmacht
- Keine Insolvenz oder Liquidation, die die Vertretungsmacht beeinflusst

### Prüfschema

#### Schritt 1: Rechtsformermittlung

Rechtsform	Vertretungsorgan	Nachweis
GmbH	Geschäftsführer (§ 35 GmbHG)	HR-Auszug, nicht älter als 3 Monate
AG	Vorstand (§ 78 AktG)	HR-Auszug
GbR	Alle Gesellschafter gemeinsam oder bevollmächtigter GS (§ 714 BGB)	Gesellschaftsvertrag, ggf. Vollmacht der übrigen GS
KG	Komplementär (§ 161 Abs. 2 i.V.m. § 125 HGB)	HR-Auszug
PartmbB	Managing Partner / alle Partner je nach Satzung	Partnerschaftsregister-Auszug

Rechtsform	Vertretungsorgan	Nachweis
e.V.	Vorstand (§ 26 BGB)	Vereinsregister-Auszug

## Schritt 2: Aktueller HR-Auszug anfordern

HR-Auszug (Handelsregister) über [www.handelsregister.de](http://www.handelsregister.de) oder [www.unternehmensregister.de](http://www.unternehmensregister.de). Muss nicht älter als 3 Monate sein. Kostenpflichtig (ca. 4,50 EUR/Abruf). Eintrag in Handakte.

## Schritt 3: Vertretungsmacht prüfen

- Alleinvertretungsberechtigung oder Gesamtvertretung?
- Beschränkungen (z.B. Zustimmung Aufsichtsrat, Gesellschafterversammlung bei Prozessführung)?
- Etwaige Prokura (§§ 48 ff. HGB)?

## Schritt 4: Insolvenzcheck

Abfrage beim Insolvenzportal [www.insolvenzbekanntmachungen.de](http://www.insolvenzbekanntmachungen.de). Eintragung = Vertretungsmacht geht auf Insolvenzverwalter über.

## Schritt 5: Vollmacht unterzeichnen lassen

Vollmacht muss von der vertretungsberechtigten Person eigenhändig unterzeichnet sein. Bei Gesamtvertretung: alle Vertretungsberechtigten müssen unterzeichnen.

# Angewendete Fälle Q2/2026

## Tannenmoor GmbH (RT-2026-Q2-0317)

- Rechtsform: GmbH (HRB 103847, AG Köln)
- HR-Auszug abgerufen: 20.05.2026 — Geschäftsführer Oliver Wendeborn, alleinvertretungsberechtigt, eingetragen seit 15.03.2019
- Insolvenzcheck: negativ (kein Verfahren eingetragen)
- Vollmacht: unterzeichnet von Oliver Wendeborn, 22.05.2026

Besonderheit: Gesellschaftsvertrag der Tannenmoor GmbH enthält unter § 8 eine Klausel, wonach für Rechtsstreitigkeiten über 50.000 EUR ein Gesellschafterbeschluss erforderlich ist. Da der hier gegenständliche Streitwert (ca. 312 EUR) weit darunter liegt, ist der alleinige Geschäftsführer vertretungsberechtigt. Für die ggf. folgende AGB-Überarbeitung (kein Rechtsstreit) ebenfalls kein Gesellschafterbeschluss erforderlich.

## Sonderfall: GbR-Mandate

Die GbR (nach altem Recht § 714 BGB, nach neuem MoPeG § 720 BGB ab 01.01.2024) kann durch jeden geschäftsführungsbefugten Gesellschafter vertreten werden, sofern der Gesellschaftsvertrag keine abweichende Regelung enthält. Bei Unklarheiten: alle Gesellschafter als Vollmachtgeber.

Praxishinweis: Merkel & Köhn Architektur GbR (Anfrage-07, RT-2026-Q2-0318) war eine GbR; Dr. Merkel wäre als Gesellschafterin grundsätzlich zur Bevollmächtigung befugt gewesen, jedoch war das Mandat wegen Konflikt ohnehin nicht übernahmebereit.

## Dokumentationspflichten

Alle Unterlagen (HR-Auszug, Vollmacht, Insolvenzcheck-Protokoll) sind in der Handakte zu heften. Bei digitaler Akte: Upload in Advoware unter Dokumententyp "Vollmacht/Mandatsdokument".

Datei: 12-rvg-gebuehrenberechnung-uebersicht.md

## RVG-Gebührenberechnung — Übersicht Q2/2026

Kanzlei: Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB Verfasst: RAin Eve Pohlmann | Stand: 01.07.2026 Grundlage: RVG i.d.F. vom 05.10.2021; VV-RVG; Anlage 2 zu § 13 RVG

### Grundprinzipien des RVG

Das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) regelt die gesetzliche Vergütung von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten. Die Vergütung richtet sich nach dem Gegenstandswert (Streitwert) und dem einschlägigen Gebührentatbestand aus dem Vergütungsverzeichnis (VV-RVG, Anlage 1 zum RVG).

Wichtigste Vorschriften:

- § 13 RVG: Wertgebühren nach Anlage 2 (Tabelle A)
- § 14 RVG: Rahmengebühren (Ermessensspielraum 0,5 bis 2,5-facher Satz)
- § 34 RVG: Gebühr für Rat und Auskunft (Erstberatungsgebühr)

### § 34 RVG — Erstberatungsgebühr

Für eine Erstberatung oder einen allgemeinen Rat kann eine gesonderte Gebühr vereinbart werden; ohne Vereinbarung gilt eine angemessene Gebühr, höchstens jedoch 190 EUR (Verbraucher) oder Zeithonorar (Unternehmen).

Praxis in der Kanzlei RT:

- Privatpersonen: 190 EUR netto Erstberatungsgebühr (fester Satz, schriftlich vereinbart)
- Unternehmen: Zeithonorar ab erstem Termin, nach gesonderter Honorarvereinbarung

### VV-RVG Nr. 2100 — Beratungsgebühr (außergerichtlich, ohne Auftrag)

Wenn der Anwalt nur beratend tätig wird ohne Auftrag zur Vertretung: Gebühr: 1,0 nach Streitwert (Anlage 2 § 13 RVG)

### VV-RVG Nr. 2300 — Geschäftsgebühr (außergerichtlich)

Entsteht, wenn der Anwalt für den Mandanten außergerichtlich tätig wird (Schriftwechsel, Verhandlung, Beratung mit Auftrag). Gebührenrahmen: 0,5 bis 2,5; Regelgebühr (Mittelgebühr) 1,3. Ermessenskriterien nach § 14 Abs. 1 RVG: Umfang, Schwierigkeit, Bedeutung, Einkommensverhältnisse des Mandanten, Haftungsrisiko des Anwalts.

Beispielrechnung Anfrage-01 (Körper, Streitwert 11.550 EUR):

- Gebühr aus Streitwert nach Anlage 2 zu § 13 RVG (Tabellenwert bei 11.550 EUR): 729 EUR (Basis 1,0-Gebühr)

- Geschäftsgebühr 1,3 (Nr. 2300 VV-RVG):  $729 \times 1,3 = 947,70$  EUR
- Auslagenpauschale Nr. 7002 VV-RVG (20 % der Gebühren, max. 20 EUR): 20,00 EUR
- Zwischensumme netto: 967,70 EUR
- USt 19 % (Nr. 7008 VV-RVG): 183,86 EUR
- Gesamtbetrag: 1.151,56 EUR

## VV-RVG Nr. 7002 — Post- und Telekommunikationspauschale

Pauschale für Porto und Telekommunikation: 20 % der Gebühren, max. 20,00 EUR pro Auftrag.

## VV-RVG Nr. 7008 — Umsatzsteuer

Umsatzsteuer (19 %) auf alle Gebühren und Auslagen.

## § 14 RVG — Rahmengebühren: Ermessensfaktoren

Bei Nr. 2300 VV-RVG ist die Gebühr innerhalb des Rahmens nach billigem Ermessen zu bestimmen.

Relevante Faktoren:

1. Umfang und Schwierigkeit: Ein einfacher Standardfall (z.B. einfache Kündigung ohne Besonderheiten) rechtfertigt ggf. nur 1,0; komplexer Gesellschafterstreit mit Streitpotenzial 1,5 bis 2,0.
2. Bedeutung für den Mandanten: Existenzbedrohende Kündigung → höherer Satz.
3. Einkommens- und Vermögensverhältnisse: Bei Beratungshilfe kein Ansatz über 1,0.
4. Haftungsrisiko: Bei hohem Haftungsrisiko des Anwalts erhöhter Satz möglich.

## Übersicht angewandte Gebührenmodelle Q2/2026

AZ	Mandant	Honorarmodell	Streitwert EUR	Gebühr Nr. 2300 EUR netto
RT-2026-Q2-0312	Körber	RVG gesetzlich	11.550	947,70
RT-2026-Q2-0314	Pellbach	Zeithonorar (streitig) / RVG vorläufig	595.000 (Nachlass)	3.939 (Basis)
RT-2026-Q2-0316	Schwarzbach	RVG gesetzlich	10.000	865,80
RT-2026-Q2-0317	Tannenmoor GmbH	Zeithonorar 260 EUR/h	n.v.	n.v.

Detaillierte Einzelberechnungen: [xlsx/rvg-rechner-vorgaenge.xlsx](#)

Datei: [13-honorarvereinbarung-musterklausel.md](#)

## Honorarvereinbarung — Musterklausel Zeithonorar

## Allgemeines

Die gesetzliche Vergütung nach dem RVG stellt die gesetzliche Mindest- und zugleich Regelgebühr dar. Durch schriftliche Vereinbarung (§ 3a Abs. 1 RVG) kann eine von den gesetzlichen Gebühren abweichende Vergütung vereinbart werden — sowohl Zeithonorar (Stundenhonorar) als auch Pauschalhonorare und Erfolgshonorare (letztere unter den Voraussetzungen von § 4a RVG).

Wichtig: BRAO § 49b verbietet ausdrücklich sittenwidrige Vergütungsvereinbarungen und verpflichtet den Rechtsanwalt, dem Mandanten eine angemessene Vergütung anzubieten. Eine Unterschreitung der gesetzlichen Mindestgebühr ist nur in Ausnahmefällen zulässig.

## Musterklausel: Zeithonorar-Vereinbarung

### § 1 — Gegenstand

Diese Honorarvereinbarung gilt für die anwaltliche Tätigkeit von [Name RA/RAin], Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB, im Mandat [Aktenzeichen / Sachgebiet] für [Name Mandant/in].

### § 2 — Stundenhonorar

Abweichend von den gesetzlichen Gebühren nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) wird ein Stundenhonorar von [Betrag] EUR zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer (derzeit 19 %) vereinbart. Dieser Betrag gilt für alle anwaltlichen Tätigkeiten, insbesondere für Beratung, Schriftwechsel, Verhandlungen, Gerichtstermine und Aktenstudium.

Reisezeiten werden zu 50 % des Stundenhonorars abgerechnet, soweit nicht anderweitig vereinbart.

### § 3 — Abrechnung und Fälligkeit

Die Abrechnung erfolgt monatlich auf Basis der aufgewendeten Stunden (Mindesteinheit: 6 Minuten je Zeiteinheit). Die Rechnungsstellung erfolgt am Ende des jeweiligen Kalendermonats, fällig 14 Tage nach Zugang der Rechnung. Der Mandant erhält einen Tätigkeitsnachweis (Stundenprotokoll) als Anlage zur Rechnung.

### § 4 — Kostenvorschuss

Die Kanzlei ist berechtigt, vor Mandatsbeginn einen Kostenvorschuss in Höhe von [Betrag] EUR anzufordern. Eine Pflicht zur Leistung des Vorschusses besteht erst nach Zahlungsingang.

### § 5 — Verhältnis zu RVG-Gebühren

Diese Vereinbarung ersetzt vollständig die gesetzlichen Gebühren nach dem RVG. Soweit gesetzliche Gebühren gegenüber der Gegenseite oder einer Rechtsschutzversicherung geltend gemacht werden, richtet sich die Erstattung nach den gesetzlichen Gebühren (RVG). Ein etwaiger Mehraufwand gegenüber dem Zeithonorar verbleibt beim Mandanten.

### § 6 — Rechtsschutzversicherung

Soweit der Mandant rechtsschutzversichert ist, werden die Leistungen der Rechtsschutzversicherung zunächst auf das Zeithonorar angerechnet. Ein verbleibender Betrag ist vom Mandanten zu tragen.

### § 7 — Schriftform / Widerruf

Diese Vereinbarung bedarf der Schriftform (§ 3a Abs. 1 S. 1 RVG). Eine mündliche Nebenabrede ist nicht wirksam. Dem Mandanten steht kein Widerrufsrecht zu, da diese Vereinbarung keine Fernabsatzsituation

darstellt.

## Stundensätze Kanzlei RT (Stand 2026)

Position	Stundensatz EUR/h netto
Dr. Falk Roosendaal (Senior-Partner)	350
Dr. Henrietta Vellbruck	310
RA Lasse Tannenfels	280
RAin Eve Pohlmann	280
RA Tobias Gehrmann	260
RAin Sina Orbach	260
RA-Fachangestellte (Sachbearbeitung)	95

## Rechtsgrundlagen

- BRAO § 49b: Vergütung —  
[dejure.org/gesetze/BRAO/49b.html](https://dejure.org/gesetze/BRAO/49b.html)
- RVG § 3a: Abweichende Vergütungsvereinbarung —  
[dejure.org/gesetze/RVG/3a.html](https://dejure.org/gesetze/RVG/3a.html)
- RVG § 4: Erfolgshonorar — [dejure.org/gesetze/RVG/4.html](https://dejure.org/gesetze/RVG/4.html)
- BORA § 12: Sachlichkeitsgebot und Vergütung —  
[brak.de/bora](https://www.brak.de/die-brak/satzungsrecht/bora/)

## Anmerkung zum Honorarstreit Pellbach (RT-2026-Q2-0314)

Der Vorfall mit Frau Pellbach (Erbrecht, Honorarstreit) hat gezeigt, dass die Unterzeichnung der Honorarvereinbarung unbedingt vor oder spätestens am Tag der Erstberatung einzuholen ist. Mündliche Absprachen sind beweisrechtlich problematisch (§ 3a Abs. 1 S. 1 RVG verlangt ausdrücklich Schriftform; mündliche Vereinbarung ist unwirksam). Maßnahme: Checkliste vor Erstberatung enthält jetzt Pflichtpunkt „Honorarvereinbarung unterzeichnet“.

Datei: 14-erstberatungsvermerk-anfrage-03.md

## Erstberatungsvermerk — Anfrage-03 Pellbach (Erbstreit)

Aktenzeichen: RT-2026-Q2-0314 Datum der Erstberatung: 14.04.2026, 10:30–12:00 Uhr (90 Minuten)  
Beratende Anwältin: Dr. Henrietta Vellbruck Mandantin: Margarethe Pellbach, geb. Hoffrichter, Dürener Straße 312, 50935 Köln-Lindenthal Verfasst: 14.04.2026 (selber Tag)

# I. Sachverhaltsaufnahme

## 1. Erblasser und Nachlass

Erblasser: Heinrich Hoffrichter, geb. 14.06.1931, verstorben 08.01.2026 in Bergisch Gladbach (Sterbeurkunde Standesamt Bergisch Gladbach, liegt in Kopie vor).

Testament: Handschriftliches Testament vom 15.03.2018 (liegt in Original vor). Inhalt: „Ich setze meine Tochter Margarethe Pellbach als meine Alleinerbin ein. Meinen Sohn Rainer Hoffrichter bedenke ich nicht, da er mich seit Jahren nicht besucht. Dieser Wille soll unwiderruflich sein. Bergisch Gladbach, den 15. März 2018. Heinrich Hoffrichter.“ — Eigenhändigkeit und Unterschrift vorhanden; formal wirksam.

Nachlassgegenstände (vorläufige Aufstellung):

- EFH Kaiserstraße 18, Bergisch Gladbach (Maklereinschätzung 480.000 EUR; kein Gutachten vorhanden)
- Sparbuch Sparkasse KölnBonn, Kontostand 08.01.2026: 61.840,22 EUR
- Depot Comdirect, Wert 08.01.2026: 40.917,00 EUR (Einzelwerte zu prüfen)
- PKW VW Golf VIII, Bj. 2019, Km-Stand ca. 38.000: Händlerwert ca. 12.500 EUR
- Hausrat (zu vernachlässigen; kein Sondervermögen erkennbar)
- Verbindlichkeiten: keine (Kreditfreistellung lt. Kontoauszüge)

Vorläufiger Nachlass: ca. 595.257 EUR

## 2. Bruder Rainer Hoffrichter

Rainer Hoffrichter, geb. 22.09.1957, wohnhaft Aachen, ist durch RA Dr. Tobias Kern (Aachen) vertreten. Anwaltsschreiben vom 25.03.2026 liegt vor. Darin:

- a) Anfechtung des Testaments: Behauptung der Testierunfähigkeit des Erblassers (§ 2229 BGB) unter Hinweis auf Attest Dr. Molden (Hausarzt) vom März 2018. Attest liegt noch nicht vor (von RA Kern nicht übersandt); Frau Pellbach hat Hausarzt gebeten, Akten zugänglich zu machen — bislang kein Rücklauf.
- b) Pflichtteilsanspruch: Rainer Hoffrichter macht Pflichtteil geltend (§ 2303 BGB). Als nächster Abkömmling mit gesetzlichem Erbanteil von 1/2 beträgt sein Pflichtteil 1/4 des Nachlass-Reinwerts (§ 2310 BGB).

# II. Rechtliche Einschätzung

## 1. Testamentswirksamkeit und Testierfähigkeit

Das Testament entspricht formal den Anforderungen des § 2247 BGB (vollständig handschriftlich, datiert, unterschrieben). Die behauptete Testierunfähigkeit (§ 2229 Abs. 4 BGB) setzt voraus, dass der Erblasser zum Zeitpunkt der Testamentserrichtung (15.03.2018) unfähig war, die Bedeutung einer abgegebenen Willenserklärung einzusehen. Ein allgemeiner Hinweis auf kognitive Veränderungen in einem ärztlichen Attest genügt hierfür nicht (vgl. OLG Hamm, Beschl. v. 13.07.2021, Az. 15 W 98/21); es bedarf einer konkreten psychiatrischen Diagnose.

Bewertung: Die Beweislast für die Testierunfähigkeit liegt beim Anfechtenden (hier Rainer Hoffrichter). Ohne aussagekräftiges Gutachten ist die Anfechtung wenig erfolgversprechend. Empfehlung: Eigengutachten in Auftrag geben; Hausarztunterlagen anfordern (Schweigepflichtentbindung Frau Pellbach ggü. Dr. Molden).

## 2. Pflichtteil

Pflichtteilsberechnung (vorläufig):

- Gesetzlicher Erbteil Rainer Hoffrichter ohne Testament: 1/2
- Pflichtteil: 1/4 des Nachlassreins
- $1/4 \times 595.257 \text{ EUR} = 148.814 \text{ EUR}$  (vorläufig; endgültige Berechnung nach Nachlassinventar)

Auskunftspflicht Frau Pellbach gegenüber Bruder: § 2314 BGB (Auskunft über Nachlassbestand, Bewertung auf Kosten des Nachlasses); zu erfüllen innerhalb angemessener Frist.

### 3. Erbschein

Empfehlung: Erbschein beantragen beim AG Bergisch Gladbach (§ 2353 BGB). Ohne Erbschein keine Umschreibung des Grundbuchs (§ 35 GBO). Kosten: Geschäftswert 595.257 EUR → Gerichtsgebühr ca. 2.660 EUR (nach KostO/GNotKG).

## III. Weitere Maßnahmen

1. Schweigepflichtentbindungserklärung für Dr. Molden ausfertigen (Frau Pellbach unterzeichnet)
2. Vollmacht unterzeichnet (14.04.2026); Schriftwechsel mit RA Kern ankündigen
3. Nachlassinventar anfertigen (gemeinsam mit Steuerberater)
4. Erbscheinsantrag vorbereiten und Nachlassgericht anschreiben
5. Honorarvereinbarung: Erstberatung 190 EUR netto; Mandat auf Zeithonorar (streitig — vgl. Aktenstück 13)

## IV. Vermerk zum Honorarstreit

Frau Pellbach bestreitet mit Schreiben vom 22.04.2026, ein Zeithonorar vereinbart zu haben. Dr. Vellbruck notiert: Im Erstgespräch wurde mündlich ein Zeithonorar von 280 EUR/h erläutert; Frau Pellbach nickte zustimmend. Eine schriftliche Vereinbarung wurde nicht sofort unterzeichnet. Rechtslage: § 3a Abs. 1 RVG verlangt Schriftform; mündliche Vereinbarung unwirksam. Vorläufige Abrechnung daher nach RVG (gesetzliche Gebühren).

Datei: 15-erstberatungsvermerk-anfrage-07.md

## Erstberatungsvermerk — Anfrage-07 Merkel (Gesellschafterstreit)

Aktenzeichen: RT-2026-Q2-0318 Datum der (abgebrochenen) Erstberatung: 03.06.2026, 10:30–10:52 Uhr (22 Minuten) Beratender Anwalt: Dr. Falk Roosendaal Anfragende: Dr. Petra Merkel, Rolandstraße 52, 53179 Bonn Status: Beratung abgebrochen; Mandat nicht erteilt; Interessenkollision festgestellt

HINWEIS: Dieser Vermerk ist vertraulich und darf nur dem Managing Partner Dr. Roosendaal zugänglich sein. Er dient ausschließlich der internen Dokumentation des Abbruchvorgangs. Inhaltliche Angaben aus der abgebrochenen Beratung dürfen nicht an den Bestandsmandanten Robert Köhn weitergegeben werden (BRAO § 43a Abs. 2).

## I. Sachverhaltsaufnahme (soweit erfasst bis Abbruch)



Dr. Merkel schilderte vor dem Abbruch folgende Eckdaten:

- Sie ist Mitgesellschafterin der Merkel & Köhn Architektur GbR in Bonn, gemeinsam mit Dipl.-Ing. Robert Köhn.
- Der GbR-Vertrag stammt aus dem Jahr 2019; keine notarielle Beurkundung.
- Streitpunkte: (1) Ergebnisverteilung 2025 (Sonderentnahme Köhn für Großprojekt Schulneubau); (2) Auseinandersetzung und Abfindung wegen beabsichtigtem Ausscheiden Dr. Merkels; (3) Wettbewerbsklausel in § 14 GbR-Vertrag.
- Dr. Merkel nannte den Namen des Mitgeschafters: Dipl.-Ing. Robert Köhn.

An dieser Stelle unterbrach Dr. Roosendaal die Besprechung.

## **II. Feststellung des Interessenkonflikts**

Nach Abklärung mit der Kanzleiverwaltung (Advoware-Abfrage): Dipl.-Ing. Robert Köhn, Bonn, ist Bestandsmandant der Kanzlei Roosendaal & Tannenfels unter AZ RT-2023-GS-0207 (laufend; Gesellschaftsrechtssache, betreut durch Dr. Roosendaal selbst). Das laufende Mandat Köhn betrifft einen anderen Sachverhalt (Mehrheitsbeteiligungsfrage an einer dritten Gesellschaft), berührt aber die GbR mit Dr. Merkel nicht unmittelbar.

Einschlägige Normen:

- BORA § 3 Abs. 1: Kein Tätigwerden bei widerstrebenden Interessen (Dr. Merkel ist Gegnerin des Mandanten Köhn im vorliegenden Fall).
- BRAO § 43a Abs. 4: Verschwiegenheitspflicht — Kenntnisse aus dem Mandat Köhn dürfen nicht für oder gegen Dr. Merkel verwendet werden.
- BGH, Urt. v. 23.04.2012, Az. AnwZ (Brfg) 35/11: Interessenkonflikt auch bei abstrakter Gefahr des Informationsmissbrauchs.

## **III. Entscheidung und Kommunikation**

Dr. Roosendaal erläuterte Dr. Merkel um 10:52 Uhr den Interessenkonflikt in allgemeiner Form (ohne Nennung des laufenden Mandats Köhn oder Inhalten). Er teilte mit, dass die Kanzlei das Mandat nicht übernehmen kann.

Mündliche Kommunikation: 03.06.2026, 10:52 Uhr Schriftliche Mandatsrücknahme: 03.06.2026, 14:30 Uhr (E-Mail an Dr. Merkel; Entwurf in Aktenstück 16) Mandatsbestätigung (irrtümlich versandt 02.06.2026): explizit widerrufen in der E-Mail.

Empfehlung an Dr. Merkel: Kanzlei Kreutzer & Ballmann, Bonn, Rochusstraße 24, 53123 Bonn, Tel. 0228 / 94 50 10.

## **IV. Inhaltliche Nichtauswertung**

Da die Beratung nach 22 Minuten abgebrochen wurde, ohne dass Dr. Roosendaal auf die Rechtslage einzugehen hatte, gibt es keine inhaltliche Beratungsleistung. Kein Honorar wird erhoben. Keine Informationen aus diesem Gespräch fließen in das laufende Mandat Köhn ein.

## **V. Interne Konsequenzen**

Der Fehler (Mandatsbestätigung vor Konfliktcheck) führte zu folgenden internen Maßnahmen (Details in Aktenstück 22):

1. Neue Kanzleianweisung: Mandatsbestätigung darf erst nach schriftlicher Freigabe durch den zuständigen RA versandt werden.
2. Konfliktcheck-Checkliste: Ab 01.07.2026 Pflichtformular vor jedem Erstgespräch, mit Unterschrift des prüfenden Rechtsanwalts.
3. Schulung Sekretariat: KW 27/2026 (07.07.2026), Thema: Aufnahmeprozess und Konfliktcheck.

Datei: 16-ablehnung-mit-begründung-anfrage-04.md

## Ablehnungsschreiben — Anfrage-04 Hagenbroich

Aktenzeichen: RT-2026-Q2-0315 Datum: 22.04.2026 An: Günter Hagenbroich, Subbelrather Straße 422, 50825 Köln

### Schreiben (Entwurf — versandt per Post 22.04.2026)

Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB Breite Straße 74 50667 Köln

Herrn Günter Hagenbroich Subbelrather Straße 422 50825 Köln

22. April 2026

Betr.: Ihre Anfrage vom 22.04.2026 — Fahrradschaden durch unbekannten PKW-Fahrer

Sehr geehrter Herr Hagenbroich,

wir bedanken uns für Ihr heutiges Erscheinen in unserer Kanzlei und das entgegengebrachte Vertrauen.

Nach eingehender Prüfung Ihres Anliegens müssen wir Ihnen leider mitteilen, dass wir eine Mandatierung in Ihrer Angelegenheit nicht übernehmen können.

#### Begründung:

In Ihrem Fall ist der Schaden am Fahrrad auf einen unbekannten PKW-Fahrer zurückzuführen, dessen Identität nicht festgestellt werden konnte, da das Kennzeichen nicht vollständig notiert wurde und der Vorfall der Polizei nicht gemeldet worden ist. Ohne Identifizierung des Verursachers ist eine außergerichtliche oder gerichtliche Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen nicht möglich.

Hinzu kommt, dass der Schadensbetrag (Reparaturkosten ca. 310 EUR) in einem wirtschaftlich sehr ungünstigen Verhältnis zu den anfallenden Anwaltskosten stünde. Selbst im günstigsten Fall wären nach RVG (Nr. 2300 VV-RVG) Anwaltsgebühren von mindestens 140–180 EUR netto zuzüglich Umsatzsteuer zu erwarten, die nur im Fall einer erfolgreichen Inanspruchnahme des Verursachers erstattet werden könnten — was ohne bekannten Verursacher ausscheidet.

#### Unsere Empfehlungen für das weitere Vorgehen:

1. Erstaten Sie bei der Polizei Köln-West (Vitalisstraße 2–10, 50827 Köln) eine Strafanzeige wegen unerlaubten Entfernens vom Unfallort (§ 142 StGB). Dies löst eine polizeiliche Ermittlungspflicht aus. Wenn der Verursacher nachträglich ermittelt wird, können Sie Ihre Ansprüche nochmals prüfen lassen.
2. Soweit Sie rechtliche Beratung für zukünftige Angelegenheiten benötigen und Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse einen Rechtsanwalt nicht erlauben, haben Sie die Möglichkeit, einen Beratungshilfeschein beim Amtsgericht Köln (Beratungshilfestelle, Luxemburger Straße 101, 50939 Köln, Tel. 0221 / 477-0) zu

beantragen. Auf dieser Grundlage können Sie sich bei einem Rechtsanwalt Ihrer Wahl zu einem Eigenanteil von derzeit 15 EUR beraten lassen (§ 1 BerHG i.V.m. § 8 Abs. 1 BerHG).

3. Der Mieterverein Köln e.V. und der ADAC bieten ihren Mitgliedern ebenfalls kostenlose oder vergünstigte Rechtsberatung zu Verkehrsthemen an.

Wir bedauern, Ihnen heute keine günstigere Antwort geben zu können. Wir wünschen Ihnen alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB

RA Tobias Gehrmann

## Interne Notiz

- Keine Beratungsgebühr erhoben (nur kurze Orientierungsberatung, < 10 Minuten relevanter Beratungsinhalt; Mandant bat um keine schriftliche Rechnung).
- Fristenhinweis erteilt: Verjährung des Schadensersatzanspruchs 3 Jahre ab Kenntnis (§§ 195, 199 BGB), d.h. bis spätestens 31.12.2029.
- Bewertungsplattform-Beschwerde vom 29.04.2026 dokumentiert in Aktenstück 21.

Datei: 17-weiterleitung-an-kollegen-anfrage-08.md

## Weiterleitungsschreiben — Anfrage-08 Trambach (Arzthaftung)

Aktenzeichen: RT-2026-Q2-0319 Datum: 20.06.2026 An: Helmut Trambach, Clevischer Ring 118, 51063 Köln-Mülheim

### Schreiben an Herrn Trambach (versandt per E-Mail und Post)

Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB Breite Straße 74 50667 Köln

Herrn Helmut Trambach Clevischer Ring 118 51063 Köln

20. Juni 2026

Betr.: Ihre Anfrage vom 18.06.2026 — Mögliche Arzthaftung nach Hüft-TEP, Klinikum Köln-Holweide

Sehr geehrter Herr Trambach,

vielen Dank für Ihre Anfrage und das in unsere Kanzlei gesetzte Vertrauen.

Wir haben Ihren Sachverhalt geprüft und sind zu dem Ergebnis gelangt, dass Ihr Anliegen — mögliche Behandlungs- und Aufklärungsfehler im Zusammenhang mit Ihrer Hüftoperation im Klinikum Köln-Holweide — in die Kategorie des spezialisierten Arzthaftungsrechts fällt.

Obwohl wir in zahlreichen Rechtsgebieten tätig sind, verfügen wir intern über keinen Fachanwalt für Medizinrecht. Das Arzthaftungsrecht erfordert vertiefte Kenntnisse medizinischer Leitlinien, Erfahrung mit ärztlichen Sachverständigengutachten und die Vertrautheit mit den Verfahren der Schlichtungsstellen der Ärztekammern. Um Ihnen bestmöglich zu helfen, möchten wir Sie an eine auf dieses Gebiet spezialisierte Kanzlei verweisen.

**Empfehlung:**

Wir empfehlen Ihnen dringend, Kontakt aufzunehmen mit:

Fachkanzlei Meinhardt & Partner Rechtsanwälte — Fachanwälte für Medizinrecht Königsallee 60c 40212 Düsseldorf Tel.: 0211 / 83 44 90 E-Mail: kontakt@meinhardt-partner.de Ansprechpartner: Dr. Lars Meinhardt (Fachanwalt für Medizinrecht)

Wir haben bereits telefonisch Kontakt mit Herrn Dr. Meinhardt aufgenommen (19.06.2026) und ihm Ihren Fall in allgemeinen Zügen geschildert. Er hat grundsätzliche Bereitschaft zur Mandatsübernahme signalisiert und bittet Sie, sich direkt mit ihm in Verbindung zu setzen. Bitte nennen Sie bei Kontaktaufnahme unseren Namen als Vermittler.

**Wichtiger Hinweis zur Verjährung:**

Ansprüche aus Arzthaftung verjähren grundsätzlich in 3 Jahren ab Kenntnis vom Schaden und der Person des Schädigers (§§ 195, 199 BGB). In Ihrem Fall beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit der Revisionsoperation am 18.03.2026. Die Verjährung droht daher erst zum 31.12.2029. Es besteht aktuell kein unmittelbarer Zeitdruck. Gleichwohl empfehlen wir, zeitnah Kontakt mit Herrn Dr. Meinhardt aufzunehmen, da Beweismittel (Krankenakten, OP-Berichte) frühzeitig gesichert werden sollten.

Wir bedauern, Ihnen heute nicht direkt weiterhelfen zu können, und wünschen Ihnen alles Gute für Ihre weitere Genesung.

Mit freundlichen Grüßen

Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB

Dr. Henrietta Vellbruck

**Interne Übergabe-Notiz (Dr. Vellbruck an Dr. Meinhardt, 19.06.2026)**

Telefonnotiz: Dr. Vellbruck informierte Dr. Meinhardt über:

- Mandant: Rentner, Köln, ca. 68 Jahre, gesetzlich krankenversichert
- Sachverhalt: Hüft-TEP März 2026, Wundinfektion, Revisionsoperation
- Aufklärungsrüge: behauptet unzureichende präoperative Aufklärung über Infektionsrisiko
- Verjährung: läuft ab 31.12.2029
- Weiteres: noch keine ärztlichen Unterlagen angefordert

Dr. Meinhardt bat um Übersendung des Namens/der Adresse (erfolgte per verschlüsselter E-Mail 20.06.2026).

**Haftungsfreistellung**

Die Kanzlei Roosendaal & Tannenfels übernimmt keine Haftung für die Leistungen der empfohlenen Kanzlei Meinhardt & Partner. Die Weiterleitung erfolgt im Interesse des Mandanten und ohne eigenes Wirtschaftsinteresse. Eine Vermittlungsgebühr oder Teilung des Honorars (Fee-Sharing) findet nicht statt (BRAO § 49b Abs. 3 S. 1; BORA § 12 Abs. 4).

Datei: 18-vollmachten-empfangsbestaetigung.md

# Vollmachten und Empfangsbestätigungen Q2/2026

Kanzlei: Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB Erstellt: RAin Eve Pohlmann (Koordination) |  
Stand: 30.06.2026

## Vollmachten-Übersicht Q2/2026

AZ	Mandant	Art	Unterzeichnet	Original in Akte	Besonderheit
RT-2026-Q2-0312	Andreas Körber	Allgemeine Verfahrensvollmacht	08.04.2026	ja	Vollmacht für ArbG-Verfahren, unbeschränkt
RT-2026-Q2-0314	Margarethe Pellbach	Allgemeine Verfahrensvollmacht	14.04.2026	ja	Inkl. Vollmacht zur Entgegennahme von Zustellungen
RT-2026-Q2-0316	Karl-Heinz Schwarzbach	Allgemeine Verfahrensvollmacht	09.05.2026	ja	Inkl. Bauordnungsamt-Vollmacht
RT-2026-Q2-0317	Tannenmoor GmbH	Unternehmensvollmacht	22.05.2026	ja	Unterzeichnet durch GF Wendeborn; HR-Auszug beigeheftet
RT-2026-Q2-0318	Dr. Petra Merkel	—	—	nein	Kein Mandat (Interessenkollision); Mandatsbestätigung widerrufen
RT-2026-Q2-0319	Helmut Trambach	—	—	nein	Kein Mandat (Weiterleitung)

## Vollmacht-Muster: Allgemeine Verfahrensvollmacht

### VOLLMACHT

Ich, [Name, geb. Datum, Anschrift], bevollmächtige hiermit die Sozietät

Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB Breite Straße 74, 50667 Köln

mich in meiner Angelegenheit betreffend [Kurzbeschreibung]

zu vertreten, insbesondere:

- außergerichtlich zu handeln, zu verhandeln und Erklärungen abzugeben;

- vor Gerichten, Behörden und Ämtern als Prozess- oder Verfahrensbevollmächtigte aufzutreten;
- Zustellungen in Empfang zu nehmen;
- Untervollmacht zu erteilen;
- Zahlungen entgegenzunehmen und zu quittieren;
- Vergleiche abzuschließen;
- Rechtsmittel einzulegen oder darauf zu verzichten;
- Klagen zurückzunehmen.

Die Vollmacht gilt bis zu ihrer ausdrücklichen schriftlichen Widerrufung.

Ort, Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Empfangsbestätigungen — Erstunterlagen

### RT-2026-Q2-0312 — Körber

Empfangen am 08.04.2026 von Herrn Andreas Körber:

- Vollmacht (Original)
- Kopie Kündigungsschreiben Rheinland Logistik GmbH v. 29.03.2026
- Kopie Arbeitsvertrag v. 25.08.2016 (Erstvertrag)
- Kopie Gehaltsabrechnungen März 2026

Bestätigung ausgestellt: 08.04.2026 (Empfangsbestätigungsformular)

### RT-2026-Q2-0314 — Pellbach

Empfangen am 14.04.2026 von Frau Margarethe Pellbach:

- Vollmacht (Original)
- Original handschriftliches Testament H. Hoffrichter v. 15.03.2018
- Sterbeurkunde Heinrich Hoffrichter (Kopie)
- Anwaltsschreiben RA Dr. Kern v. 25.03.2026 (Original)

Bestätigung ausgestellt: 14.04.2026 (Empfangsbestätigungsformular) Hinweis: Testament-Original wird separat verschlossen verwahrt (Safe Kanzleizimmer Dr. Vellbruck)

### RT-2026-Q2-0316 — Schwarzbach

Empfangen am 09.05.2026 von Herrn Karl-Heinz Schwarzbach:

- Vollmacht (Original)
- Kostenvoranschlag Hüther Bau v. 02.05.2026 (Carport-Abgrenzung)
- Abmahnungsschreiben Schwarzbach an Brandtner v. 10.03.2026 (Kopie)
- Fotos Carport (6 Aufnahmen, digital übermittelt)

Bestätigung ausgestellt: 09.05.2026

### RT-2026-Q2-0317 — Tannenmoor GmbH

Empfangen am 22.05.2026 von Oliver Wendeborn (GF Tannenmoor GmbH):

- Vollmacht (Original, unterzeichnet durch GF Wendeborn)
- HR-Auszug Tannenmoor GmbH v. 20.05.2026 (Kopie)
- Anwaltsschreiben RA Keiler v. 05.05.2026 und 14.05.2026 (Originale)
- Rücksendungsnachweis DHL v. 15.03.2026
- Klarna-Ticket-Protokoll (Screenshot, intern)

Bestätigung ausgestellt: 22.05.2026

## Aufbewahrungshinweis

Originalvollmachten und empfangene Urkunden werden in der physischen Handakte (Safe-Schrank RA-Zimmer) aufbewahrt. Digitale Kopien in Advoware unter "Dokumente > Vollmacht". Aufbewahrungsfrist gemäß § 50 BRAO mindestens 5 Jahre nach Mandatsende.

Datei: 19-datenschutzhinweis-mandant.md

## Datenschutzhinweis für Mandanten — DSGVO Art. 13

Kanzlei: Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB Breite Straße 74, 50667 Köln

Verfasst/aktualisiert: RAin Sina Orbach (Datenschutzbeauftragte) | Stand: 01.07.2026 Anlass:

Feststellungen Q2/2026 (Webformular-Problem Tannenmoor GmbH + eigene Kanzleiwebsite)

### I. Hintergrund: DSGVO-Probleme Q2/2026

Im Rahmen der Bearbeitung des Mandats Tannenmoor GmbH (RT-2026-Q2-0317) wurde festgestellt, dass:

1. Das Kontaktformular auf [www.tannenmoor-shop.de](http://www.tannenmoor-shop.de) keine DSGVO-konforme Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO einholte (fehlender Link zur Datenschutzerklärung; kein Hinweis auf Art. 13 DSGVO).
2. Das eigene Kontaktformular der Kanzlei auf [www.roosendaal-tannenfels.de](http://www.roosendaal-tannenfels.de) enthielt keinen vollständigen Datenschutzhinweis nach Art. 13 DSGVO direkt im Formularfeld (Datenschutzerklärung war nur im Footer verlinkt).

Beide Mängel wurden behoben (Tannenmoor bis 10.06.2026; Kanzleiwebsite bis 30.06.2026).

### II. Datenschutzerklärung für Mandanten (Muster Art. 13 DSGVO)

Die folgende Information wird Mandanten bei Mandatsaufnahme ausgehändigt (Art. 13 DSGVO: Informationspflicht bei Erhebung personenbezogener Daten beim Betroffenen selbst).

#### Datenschutzinformation gemäß Art. 13 DSGVO

**Verantwortlicher:** Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB Breite Straße 74, 50667 Köln Tel.: 0221 / 487 32 10 E-Mail: [datenschutz@roosendaal-tannenfels.de](mailto:datenschutz@roosendaal-tannenfels.de) Datenschutzbeauftragte: RAin Sina Orbach

**Welche Daten erheben wir?** Im Rahmen der Mandatierung erheben wir folgende personenbezogene Daten: Name, Anschrift, Kontaktdaten (Telefon, E-Mail), Geburtsdatum, Beruf, sowie alle zur Sachverhaltsbearbeitung erforderlichen persönlichen und geschäftlichen Informationen, die Sie uns mitteilen.

**Rechtsgrundlagen der Verarbeitung (Art. 6 DSGVO):**

- Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO: Verarbeitung zur Erfüllung des Anwaltsvertrages (Mandatsverhältnis).
- Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO: Verarbeitung zur Erfüllung rechtlicher Pflichten (z.B. Geldwäscheprävention nach GwG, Handaktenaufbewahrung § 50 BRAO).
- Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO: Berechtigte Interessen (Kanzleiverwaltung, Konfliktcheck).

**Empfänger Ihrer Daten:** Ihre Daten werden nur an Dritte weitergegeben, soweit dies für die Mandatsbearbeitung erforderlich ist (z.B. Gerichte, Behörden, Gegner-Anwälte, Sachverständige) oder eine gesetzliche Pflicht besteht. Keine Weitergabe an Marketingdienstleister.

**Dauer der Speicherung:** Handakten werden nach Mandatsende mindestens 5 Jahre aufbewahrt (§ 50 BRAO). Soweit steuerliche oder sonstige Aufbewahrungspflichten gelten, richtet sich die Aufbewahrungsdauer nach diesen Vorschriften (max. 10 Jahre nach § 257 HGB).

**Ihre Rechte:** Sie haben das Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO), Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO), Einschränkung (Art. 18 DSGVO) und Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO). Sie können der Verarbeitung Ihrer Daten auf Basis berechtigter Interessen jederzeit widersprechen (Art. 21 DSGVO).

**Beschwerderecht:** Sie haben das Recht, sich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu beschweren: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen (LDI NRW), Kavalleriestraße 2–4, 40213 Düsseldorf, [www.ldi.nrw.de](http://www.ldi.nrw.de).

**Profiling / automatisierte Entscheidung:** Kein Profiling; keine automatisierten Entscheidungen im Sinne von Art. 22 DSGVO.

### III. Webformular — Anforderungen nach Art. 6 und 13 DSGVO

Jedes Kontaktformular, das personenbezogene Daten erhebt, muss:

1. Einen Link zur vollständigen Datenschutzerklärung enthalten (im Formularfeld oder unmittelbar darunter — nicht nur im Footer).
2. Bei Einwilligungserfordernis (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO): aktive Checkbox (kein Pre-Tick); verständlicher Text; Hinweis auf Widerruflichkeit.
3. Bei vertraglicher Grundlage (Art. 6 Abs. 1 lit. b): Hinweis, dass Angaben zur Vertragserfüllung erforderlich sind.

Technische Umsetzung auf [roosendaal-tannenfels.de](http://roosendaal-tannenfels.de): Abgeschlossen 28.06.2026 (Webentwickler Klinkauer IT, Köln).

### IV. Hinweis zur anwaltlichen Verschwiegenheit

Die anwaltliche Verschwiegenheitspflicht (§ 43a BRAO, § 2 Abs. 1 BORA) steht neben dem Datenschutzrecht und schützt die Informationen der Mandanten unabhängig von der DSGVO. Die Verschwiegenheitspflicht gilt zeitlich unbegrenzt und erlischt auch nach Mandatsende nicht.

Datei: 20-kanzlei-statistik-q2.md



# Kanzleistatistik Q2/2026

Kanzlei: Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB Berichtszeitraum: 01.04.2026 – 30.06.2026  
Erstellt: Dr. Falk Roosendaal | 02.07.2026

## 1. Erstanfragen-Statistik Q2/2026

**Eingänge gesamt: 8**

Monat	Anzahl Anfragen	Angenommen	Abgelehnt	Weitergeleitet
April 2026	4	2	2	0
Mai 2026	2	2	0	0
Juni 2026	2	0	1	1
Gesamt Q2	8	4	3	1

**Ablehnungsquote: 37,5 % (3 von 8)**

Aufschlüsselung Ablehnungsgründe:

- Interessenkollision (BORA § 3): 2 Fälle (Feldkamp, Merkel/Köhn)
- Wirtschaftlichkeit / Streitwert: 1 Fall (Hagenbroich)
- Fachkompetenz (Weiterleitung): 1 Fall (Trambach)

## 2. Rechtsgebiete

Rechtsgebiet	Anfragen	Angenommen	Ablehnungsquote
Arbeitsrecht	1	1	0 %
Mietrecht	1	0	100 % (Konflikt)
Erbrecht	1	1	0 %
Verkehrsrecht	1	0	100 % (Streitwert)
Baurecht	1	1	0 %
IT-Recht/AGB	1	1	0 %
Gesellschaftsrecht	1	0	100 % (Konflikt)
Arzthaftung	1	0	100 % (Weiterleitung)

## 3. Eingangskanäle

Kanal	Anzahl	Anteil
Webformular	4	50 %
Empfehlung Bestandsmandant	2	25 %

Kanal	Anzahl	Anteil
Telefoneingang	1	12,5 %
Walk-in / Kanzleischild	1	12,5 %

#### 4. Sachbearbeiter-Auslastung (Erstanfragen Q2)

Rechtsanwalt/Rechtsanwältin	Anfragen bearbeitet	Mandate erteilt
Dr. Falk Roosendaal	1	0
Dr. Henrietta Vellbruck	2	1
RA Lasse Tannenfels	1	1
RAin Eve Pohlmann	1	0
RA Tobias Gehrmann	1	0
RAin Sina Orbach	2	2

#### 5. Honorarmodelle der angenommenen Mandate

AZ	Mandant	Honorarmodell	Ges. Streitwert EUR
RT-2026-Q2-0312	Körper	RVG gesetzlich	11.550
RT-2026-Q2-0314	Pellbach	RVG vorläufig (Zeithonorar streitig)	595.000
RT-2026-Q2-0316	Schwarzbach	RVG gesetzlich	10.000
RT-2026-Q2-0317	Tannenmoor GmbH	Zeithonorar 260 EUR/h	variabel

#### 6. Besondere Qualitätseignisse Q2/2026

Datum	Vorgang	Bewertung
07.04.2026	Konflikt Feldkamp/Klausberg korrekt erkannt vor Erstberatung	Positiv
02.06.2026	Mandatsbestätigung Merkel/Köhn vor vollständigem Konfliktcheck versandt	Negativ — Maßnahme eingeleitet
19.05.2026	DSGVO-Mangel Webformular (intern und Mandant Tannenmoor) erkannt	Neutral — Verbesserung
29.04.2026	Bewertungsplattform-Beschwerde Hagenbroich	Negativ — beantwortet

#### 7. Vergleich Q1/2026 vs. Q2/2026

Kennzahl	Q1/2026	Q2/2026	Veränderung
Erstanfragen gesamt	6	8	+33 %
Mandate erteilt	4	4	+/- 0
Durchschn. Bearbeitungszeit (Triage bis Entscheidung)	3,2 Tage	2,8 Tage	-12,5 %
Ablehnungsquote	33 %	37,5 %	+4,5 PP

## 8. Empfehlungen für Q3/2026

1. Digitales Konflikt-Check-Tool (Advoware-Integration) bis 01.08.2026 aktivieren.
2. Erstanfragen-Wachstum (+ 33 %) zeigt Bedarf an zusätzlicher Kapazität; Gespräch über Einstellung RAin/RA für Arbeitsrecht für Q4/2026 empfohlen.
3. Webformular-Qualität weiter verbessern: Pflichtfeld "Gegner/Gegenseite" einführen.

Datei: 21-mandantenzufriedenheit-feedback.md

## Mandantenzufriedenheit und Feedback Q2/2026

Kanzlei: Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB Erstellt: RAin Eve Pohlmann | Stand: 01.07.2026

### 1. Feedback-System

Die Kanzlei Roosendaal & Tannenfels erhebt seit Q1/2026 systematisch Mandantenfeedback nach Abschluss oder wesentlichem Meilenstein eines Mandats. Das Feedback erfolgt per E-Mail-Fragebogen (4 Fragen, Skala 1–5 plus Freitextfeld), versandt durch die Kanzleisoftware Advoware.

Rücklaufquote Q2/2026: 3 von 4 Mandatierungen (75 %)

### 2. Auswertung Feedback-Bögen

#### RT-2026-Q2-0312 — Körper (Arbeitsrecht)

Fragebogen ausgefüllt: 20.06.2026

- Erreichbarkeit und Reaktionszeit: 5/5
- Verständlichkeit der Erläuterungen: 5/5
- Gefühl der guten Betreuung: 4/5
- Weiterempfehlungsbereitschaft: 5/5

Freitext: „Herr Tannenfels hat mir sehr schnell geholfen und die Klage rechtzeitig eingereicht. Fühle mich gut aufgehoben.“

Durchschnitt: 4,75/5

### **RT-2026-Q2-0314 — Pellbach (Erbrecht)**

Fragebogen ausgefüllt: 15.06.2026

- Erreichbarkeit und Reaktionszeit: 3/5
- Verständlichkeit der Erläuterungen: 4/5
- Gefühl der guten Betreuung: 3/5
- Weiterempfehlungsbereitschaft: 3/5

Freitext: „Das Erbrecht-Thema ist komplex, das wurde gut erklärt. Der Streit über das Honorar hat mich sehr verunsichert; ich hätte mir gewünscht, dass die schriftliche Vereinbarung gleich beim ersten Termin fertig ist.“

Durchschnitt: 3,25/5

Interne Bewertung: Mandantenunzufriedenheit direkt auf den Honorarstreit (Aktenstück 14) zurückführbar. Maßnahme: Checkliste Honorarvereinbarung vor Erstberatung.

### **RT-2026-Q2-0316 — Schwarzbach (Baurecht)**

Fragebogen ausgefüllt: 28.06.2026

- Erreichbarkeit und Reaktionszeit: 5/5
- Verständlichkeit der Erläuterungen: 5/5
- Gefühl der guten Betreuung: 5/5
- Weiterempfehlungsbereitschaft: 5/5

Freitext: „Frau Orbach hat sofort gehandelt und alles sehr professionell erledigt. Werde Kanzlei gerne weiterempfehlen.“

Durchschnitt: 5/5

### **RT-2026-Q2-0317 — Tannenmoor GmbH**

Fragebogen: nicht zurückgesandt (Oliver Wendeborn angabegemäß „nicht die Zeit“)

## **3. Bewertungsplattform-Beschwerde Hagenbroich**

### **Sachverhalt**

Am 29.04.2026 erschien auf der Plattform anwaltauskunft.de folgende Rezension unter dem Nutzerprofil „GHagenbroich\_Koeln“ (1 Stern):

> „Kanzlei hat mir nicht geholfen, obwohl mir Unrecht geschehen ist. Musste erst erklären was Beratungshilfe ist. Unfreundlich.“

### **Bewertung des Inhalts**

Die Bewertung enthält:

- Unzutreffende Darstellung: Herr Hagenbroich wurde freundlich beraten; der Begriff Beratungshilfe wurde erklärt, weil er ihn offenbar tatsächlich nicht kannte.
- Sachlich korrekte Ablehnung: Die Kanzlei hat das Mandat aus objektiv nachvollziehbaren Gründen nicht angenommen (unbekannter Gegner, niedriger Streitwert).
- Kein Verdachtsmoment für eine unlautere Handlung.

Keine rechtlich angreifbare Tatsachenbehauptung erkennbar; es handelt sich um eine subjektive Meinungsäußerung (Art. 5 Abs. 1 GG). Kein Anlass für rechtliche Gegenwehr.

### Kanzleiantwort auf der Plattform (02.05.2026)

> „Sehr geehrter Herr Hagenbroich, es tut uns leid, dass Sie mit Ihrem Besuch unzufrieden waren. Wir haben Ihr Anliegen sorgfältig geprüft und konnten eine Mandatierung aus sachlichen Gründen leider nicht vornehmen. Dabei wurden Sie selbstverständlich auf Beratungshilfemöglichkeiten hingewiesen, die eine kostengünstige Lösung für Sie ermöglichen könnten. Wir wünschen Ihnen alles Gute. — Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB“

### Fazit

Kein weiterer Handlungsbedarf. Die Antwort ist sachlich und professionell. Keine persönlichen Mandantendetails wurden offenbart (Verschwiegenheitspflicht gewahrt).

## 4. Gesamtbewertung Mandantenzufriedenheit Q2/2026

Durchschnitt Feedback-Bögen:  $(4,75 + 3,25 + 5,00) / 3 = 4,33/5$

Positiv: Schnelle Reaktionszeiten, Verständlichkeit der Beratung. Verbesserungspotenzial: Honorarvereinbarung-Prozess (Pellbach-Feedback), DSGVO-Webformular, Konfliktcheck-Effizienz.

Datei: 22-quartalsabschluss-vermerk.md

## Quartalsabschluss-Vermerk Q2/2026

Kanzlei: Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB Datum: 03.07.2026 Verfasser: Dr. Falk Roosendaal (Managing Partner) Verteiler: Alle RA (intern); Kanzleiverwaltung

### I. Gesamtbilanz Erstanfragen Q2/2026

Das zweite Quartal 2026 war für die Abteilung Erstanfragen geprägt von einem Volumenwachstum (+33 % gegenüber Q1/2026: 8 vs. 6 Erstanfragen), einer weiterhin stabilen Annahmequote (50 %) und zwei qualitativ bedeutsamen Incidents, die Prozessanpassungen ausgelöst haben.

#### Mandate in Kürze

AZ	Mandant	Status	RA
RT-2026-Q2-0312	Körber (Kündigung)	Klage ArbG Köln eingereicht, Az. 7 Ca 1243/26	Tannenfels
RT-2026-Q2-0313	Feldkamp (Mietrecht)	Abgelehnt — Konflikt	Pohlmann
RT-2026-Q2-0314	Pellbach (Erbrecht)	Erbscheinsantrag in Vorbereitung; Honorarstreit offen	Vellbruck
RT-2026-Q2-0315	Hagenbroich (VerkehrsR)	Abgelehnt — Streitwert	Gehrmann

AZ	Mandant	Status	RA
RT-2026-Q2-0316	Schwarzbach (Baurecht)	Schreiben an Bauordnungsamt und Gegner versandt	Orbach
RT-2026-Q2-0317	Tannenmoor GmbH (IT)	Hauptsache erledigt; AGB-Mandat offen	Orbach
RT-2026-Q2-0318	Merkel/Köhn (GesellR)	Abgelehnt — Konflikt; Mandatsrücknahme	Roosendaal
RT-2026-Q2-0319	Trambach (Arzthaftung)	Weitergeleitet an Meinhardt & Partner	Vellbruck

## II. Qualitätsergebnisse und Lessons Learned

### Incident 1: Mandatsbestätigung Merkel/Köhn vor Konfliktcheck (RT-2026-Q2-0318)

**Was ist passiert:** Die Sekretärin versandte eine Mandatsbestätigung an Dr. Merkel, bevor der Konfliktcheck vollständig abgeschlossen war. Dr. Roosendaal stellte den Konflikt erst in der Erstberatung fest (10 Minuten nach Beginn).

**Konsequenzen:** Mandatsbestätigung musste widerrufen werden; Dr. Merkel wurde mündlich und schriftlich informiert. Kein inhaltlicher Schaden; keine Haftungsexposition, da keine Rechtsauskunft erteilt wurde.

**Maßnahme:** Ab 01.07.2026 gilt: Mandatsbestätigung darf erst nach schriftlicher Freigabe durch den zuständigen RA versandt werden. Freigabe-Stempel im Advoware-System.

### Incident 2: Honorarvereinbarung nicht schriftlich vor Erstberatung (RT-2026-Q2-0314)

**Was ist passiert:** Dr. Vellbruck erläuterte mündlich ein Zeithonorar; die schriftliche Vereinbarung wurde nicht unmittelbar unterzeichnet. Mandantin bestreitet nachträglich die Absprache.

**Konsequenzen:** Abrechnung muss vorläufig nach RVG erfolgen; Mehr-Honorar durch Zeithonorar kann nicht sicher durchgesetzt werden. Reputationsschaden (Feedback-Bewertung 3,25/5).

**Maßnahme:** Honorarvereinbarung ist Pflichtpunkt auf der Erstberatungs-Checkliste; Unterzeichnung vor Beginn der inhaltlichen Beratung.

### Incident 3: DSGVO-Webformular (roosendaal-tannenfels.de)

**Was ist passiert:** RA in Orbach stellte fest, dass das eigene Kontaktformular keinen vollständigen Art.-13-Datenschutzhinweis enthielt.

**Konsequenzen:** Keine aufsichtsbehördliche Meldung oder Beschwerde; kein Schaden. Präventive Korrektur.

**Maßnahme:** Webformular überarbeitet; Art.-13-Datenschutzhinweis direkt im Formularfeld; abgeschlossen 28.06.2026.

## III. Offene Punkte Q3/2026

1. Honorarstreit Pellbach (RT-2026-Q2-0314): Klärung ausstehend (Rücklauf unterzeichnete Honorarvereinbarung erwartet).

2. AGB-Mandat Tannenmoor GmbH (RT-2026-Q2-0317a): in Bearbeitung; Abschluss KW 30/2026 geplant.
3. Baurecht Schwarzbach (RT-2026-Q2-0316): Reaktion Bauordnungsamt erwartet; ggf. Klage September 2026.
4. Kündigungsschutz Körper (RT-2026-Q2-0312): Güte Termin ArbG Köln noch nicht terminiert; Kanzlei wartet auf Ladung.
5. Konfliktcheck-Tool Advoware: Aktivierung geplant bis 01.08.2026.

## **IV. Quartalsbewertung**

Die Kanzlei hat in Q2/2026 ihren Aufnahmeprozess im Wesentlichen ordnungsgemäß durchgeführt. Zwei Incidents haben gezeigt, dass Prozessverbesserungen notwendig sind; diese wurden identifiziert und eingeleitet. Die Mandate im Bereich Baurecht (Schwarzbach) und IT/AGB (Tannenmoor GmbH) zeigen ein wachsendes Anfragevolumen in Spezialgebieten, das mittelfristig zusätzliche Personalkapazität erfordert.

Nächstes Quartalstreffen Mandatsaufnahme: 08.07.2026, 09:00 Uhr, Konferenzraum 2.

Dr. Falk Roosendaal Managing Partner, Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB

## E-Mails

Datei: emails/email-ablehnung-anfrage-04.eml

Von	kanzlei@roosendaal-tannenfels.de
An	G.Hagenbroich@example.invalid
Datum	Wed, 22 Apr 2026 15:10:44 +0200
Betreff	Ihre Anfrage vom 22.04.2026 - Fahrradschaden

Sehr geehrter Herr Hagenbroich,

wir bestätigen den Empfang Ihrer heutigen Anfrage und bedanken uns für Ihr Vertrauen.

Nach eingehender Prüfung Ihres Anliegens müssen wir Ihnen leider mitteilen, dass wir eine Mandatierung in Ihrer Sache nicht vornehmen können.

Der verursachende Fahrzeugführer konnte nicht identifiziert werden, da das Kennzeichen nicht vollständig notiert wurde und keine Unfallmeldung bei der Polizei erstattet worden ist. Ohne bekannten Anspruchsgegner ist eine Geltendmachung rechtlich nicht durchsetzbar.

Hinzu kommt, dass der Schaden (ca. 310 EUR Reparaturkosten) in einem ungünstigen Verhältnis zu den anfallenden Anwaltsgebühren steht.

Wir empfehlen Ihnen:

1. Erstellen Sie Strafanzeige wegen unerlaubten Entfernens (§ 142 StGB) bei der Polizei Köln-West, Vitalisstraße 2-10, 50827 Köln.
2. Beantragen Sie einen Beratungshilfeschein beim Amtsgericht Köln (Luxemburger Straße 101, Eigenanteil 15 EUR gemäß § 1 BerHG).

Wir wünschen Ihnen alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB

RA Tobias Gehrmann

Datei: emails/email-anfrage-01-koerber.eml

Von	a.koerber@mailbox-privat.de
An	kanzlei@roosendaal-tannenfels.de
Datum	Fri, 03 Apr 2026 09:47:22 +0200
Betreff	Anfrage wegen fristloser Kündigung - Koerber

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Andreas Körber, ich wohne in der Venloer Straße 218, 50823 Köln.

Ich habe am 29.03.2026 eine fristlose Kündigung von meinem Arbeitgeber erhalten, der Rheinland Logistik GmbH (Deutz-Mülheimer Straße 111, Köln). Als Grund wurde eine "grobe Pflichtverletzung" genannt. Ich war dort seit September 2016 als Lagerleiter tätig.

Die Kündigung ist aus meiner Sicht vollkommen ungerechtfertigt. Ich habe lediglich meine Aufsichtspflicht wahrgenommen und einen Kollegen auf einen Verstoß gegen interne Versandanweisungen hingewiesen.



Eine Abmahnung gab es zuvor nicht.

Ich habe gelesen, dass ich innerhalb von drei Wochen klagen muss. Bitte teilen Sie mir mit, ob und wie schnell Sie mir helfen können.

Mein Gehalt beträgt 3.850 Euro brutto im Monat. Ich habe keine Rechtsschutzversicherung.

Bitte melden Sie sich möglichst bald. Die Frist läuft meines Wissens am 19. April 2026 ab.

Mit freundlichen Grüßen  
Andreas Körber  
Tel.: 0176 / 44 91 32 08

**Datei:** emails/email-anfrage-03-pellbach.eml

Von	m.pellbach@t-online.de
An	kanzlei@roosendaal-tannenfels.de
Datum	Mon, 06 Apr 2026 16:22:11 +0200
Betreff	Empfehlung durch Dr. Werner Pellbach - Erbstreit Hoffrichter

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Bruder Werner hat mich auf Ihre Kanzlei hingewiesen und empfohlen, mich an Sie zu wenden.

Ich heiße Margarethe Pellbach und mein Vater, Heinrich Hoffrichter, ist am 8. Januar 2026 verstorben. Er hat ein handschriftliches Testament hinterlassen, in dem er mich als Alleinerbin eingesetzt hat. Mein Bruder Rainer Hoffrichter akzeptiert das Testament nicht und hat bereits über seinen Anwalt gedroht, die Testierfähigkeit unseres Vaters anzuzweifeln. Außerdem will er seinen Pflichtteil.

Das Haus meines Vaters in Bergisch Gladbach ist wohl rund 480.000 Euro wert, dazu kommen Ersparnisse und Wertpapiere.

Ich würde gerne baldmöglichst einen Termin vereinbaren. Meine Nummer ist 0221 / 94 43 78. Ich bin tagsüber gut erreichbar.

Mit freundlichen Grüßen  
Margarethe Pellbach

**Datei:** emails/email-mandatsbestaetigung-anfrage-07.eml

Von	kanzlei@roosendaal-tannenfels.de
An	p.merkel@dr-merkel-architektur.de
Datum	Tue, 02 Jun 2026 17:45:33 +0200
Betreff	Mandatsbestaetigung - Ihre Anfrage Gesellschafterstreit

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass wir Ihr Mandat in der Angelegenheit Gesellschafterstreit Merkel & Köhn Architektur GbR aufgenommen haben.

Ihr Ansprechpartner ist Herr Dr. Falk Roosendaal (Senior-Partner). Das Erstgespräch ist für den 03. Juni 2026 um 10:30 Uhr in unserer Kanzlei vereinbart.

Bitte bringen Sie zum Termin mit:

- Gesellschaftsvertrag Merkel & Köhn Architektur GbR

- Jahresabschlüsse 2024 und 2025
- Korrespondenz mit Herrn Köhn oder dessen Vertretern

WICHTIGER HINWEIS: Diese Mandatsbestätigung wird mit E-Mail vom 03. Juni 2026 zurückgezogen. Bitte beachten Sie das gesonderte Widerrufsschreiben von Herrn Dr. Roosendaal. Die Kanzlei konnte das Mandat aufgrund eines nachträglich festgestellten Interessenkonflikts nicht annehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB

(Diese Nachricht wurde am 02.06.2026 versandt; nachträgliche Anmerkung vom 03.06.2026 in Kopfzeile für Aktenzwecke)

Datei: emails/email-rueckfrage-pellbach.eml

Von	h.vellbruck@roosendaal-tannenfels.de
An	m.pellbach@t-online.de
Datum	Thu, 23 Apr 2026 11:14:05 +0200
Betreff	AZ RT-2026-Q2-0314 - Pellbach/Hoffrichter - Honorarvereinbarung und naechste Schritte

Sehr geehrte Frau Pellbach,

vielen Dank für Ihre gestrige Nachricht.

Ich möchte zunächst das Missverständnis bezüglich der Honorarvereinbarung klären. Im Rahmen unserer Erstberatung am 14.04.2026 habe ich Ihnen erläutert, dass für das laufende Mandat ein Zeithonorar von 280,00 EUR netto pro Stunde zuzüglich Auslagen und Umsatzsteuer anfallen würde. Da die schriftliche Vereinbarung leider nicht unmittelbar unterzeichnet werden konnte, sende ich Ihnen die Honorarvereinbarung heute per Einschreiben zu.

Ich bitte Sie herzlich, die Honorarvereinbarung zu unterzeichnen und mir eine Ausfertigung zurückzusenden. Sollten Sie Rückfragen oder Bedenken haben, sprechen wir das gerne telefonisch durch.

Zum sachlichen Fortgang: Ich habe die Schweigepflichtentbindungserklärung für Dr. Molden (Hausarzt Ihres Vaters) vorbereitet. Diese liegt dem Einschreiben bei. Bitte unterzeichnen Sie auch diese und senden Sie sie zurück, damit wir die ärztlichen Unterlagen anfordern können.

Das erste Schreiben an RA Dr. Kern (Gegenseite) werden wir nach Eingang der unterzeichneten Vollmacht versenden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Henrietta Vellbruck

Rechtsanwältin | Fachanwältin für Erbrecht

Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB

Breite Straße 74 · 50667 Köln

Tel.: 0221 / 487 32 10

AZ: RT-2026-Q2-0314

## Excel-Tabellen

Datei: xlsx/anfragen-uebersicht-q2-2026.xlsx

### Tabellenblatt: Anfragen Q2-2026

	Anfrage nübersic ht Q2/2026 — Roos endaal & Tanne nfels Re chtsanw älte PartmbB									
	Lfd	Datum	Mandant	Rechtsg ebiet	Quelle	Status	Konflikt	Honorar -Modell	Sachbe arbeiter	Notiz
	1	03.04.20 26	Andreas Körber	Arbeitsr echt (Kü ndigung)	Webfor mular	Mandat erteilt	Nein	RVG ge setzlich	RA Tan nenfels	Klage ArbG Köln Az. 7 Ca 1243/26
	2	07.04.20 26	Bianca Feldkam p	Mietrech t (Mietmi nderung )	Telefon	Abgeleh nt - Konflikt	JA	-	RAin Po hlmann	Vermiet erin Kla usberg= Bestand smanda ntin
	3	14.04.20 26	Margare the Pellbach	Erbrecht (Erbstreit)	Empfehl ung	Mandat erteilt	Nein	RVG (Z eithonor ar streitig)	Dr. Vellb ruck	Honorar streit offen; Er bschein santrag in Vorb.
	4	22.04.20 26	Günter Hagenbr oich	Verkehr srecht (Unfall)	Kanzleis child	Abgeleh nt - Strei twert	Nein	-	RA Gehr mann	Streitwe rt ca. 800 EUR; Verweis Beratun gshilfe
	5	05.05.20 26	Karl-Hei nz Schw arzbach	Baurech t (Nachb ar)	Webfor mular	Mandat erteilt	Nein	RVG ge setzlich	RAin Or bach	Schreib en Bauo rdnungs amt + Gegner versandt

	6	19.05.2026	Tannemoor GmbH	IT-Recht / AGB	Webformular	Mandat erteilt	Nein	Zeithonorar 260 EUR/h	RAin Orbach	DSGVO-Probleme Webformular intern eskaliert
	7	02.06.2026	Dr. Petra Merkel	Gesellschaftsrecht (GbR-Streit)	Empfehlung	Abgelehnt - Konflikt	JA	-	Dr. Roosendaal	Mitgesellschafter Köhn = Bestandsmandat
	8	18.06.2026	Helmut Trambach	Arzthaftung	Webformular	Weitergeleitet	Nein	-	Dr. Vellbrück	Weiterleitung Meinhardt & Partner, Düsseldorf
	Summe Anfragen Q2:	8								
	Mandate erteilt:	4								
	Abgelehnt:	3								
	Weitergeleitet:	1								

Datei: xlsx/rvg-rechner-vorgaenge.xlsx

## Tabellenblatt: RVG-Rechner

	RVG-Gebührenrechner — Vorgänge Q2/2026 · Roosendaal & Tannenfels						
	Grundlage: RVG §§ 13, 14, 34 · VV-RVG Nr. 2300, 7002, 7008 · Anlage 2 zu § 13 RVG · dejure.org/gesetze/RVG						
	Vorgang	Streitwert EUR	Geschäftsgeldbetrag Nr 2300	Auslagen EUR	USt EUR	Summe EUR	Anmerkung

	Körper — Kündigungsschutz (AZ RT-2026-Q2-0312)	11550	947.7	20	183.86	1151.56	1.3-Gebühr (Mittelgebühr); Klage ArbG Köln
	Pellbach — Erbstreit, au ßergerichtl. (RT-2026-Q2-0314)	595000	4914.9	20	937.63	5872.53	1.3-Gebühr; Streitwert = Nachlass vorläufig; RVG vorläufig
	Schwarzbach — Baurecht (RT-2026-Q2-0316)	10000	865.8	20	168.3	1054.1	1.3-Gebühr; Streitwert 10.000 EUR geschätzt
	Pellbach — Erstberatung § 34 RVG (RT-2026-Q2-0314)		190	0	36.1	226.1	Pauschalgebühr § 34 RVG; kein Streitwert
	Tannenmoor GmbH — Zeithonorar (RT-2026-Q2-0317)		0	0	0	0	Zeithonorar 260 EUR/h; RVG nicht anwendbar
	SUMME (RVG-Vorgänge)		6918.4	60	1325.9	8304.3	
	Hinweis: Alle Beträge netto (ohne USt), soweit nicht anders angegeben. Streitwerte sind vorläufige Schätzungen. RVG Anlage 2 zu § 13 (Stand 2021). Zeithonorar-Mandate nicht in RVG-Summe enthalten.						

## Word-Dokumente

Datei: docx/honorarvereinbarung-zeithonorar.docx

Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB

Breite Straße 74 · 50667 Köln · Tel. 0221/487 32 10

HONORARVEREINBARUNG (ZEITHONORAR)

zwischen

Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB, Breite Straße 74, 50667 Köln

– im Folgenden „Kanzlei“ –

und

Name/Firma: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

– im Folgenden „Auftraggeber“ –

### § 1 — Gegenstand

Diese Honorarvereinbarung gilt für die anwaltliche Tätigkeit der Kanzlei im Mandat:

\_\_\_\_\_.

### § 2 — Stundenhonorar

Abweichend von den gesetzlichen Gebühren nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) wird ein Stundenhonorar von EUR \_\_\_\_\_ netto zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer (derzeit 19 %) vereinbart. Dieser Betrag gilt für alle anwaltlichen Tätigkeiten, insbesondere für Beratung, Schriftwechsel, Verhandlungen, Gerichtstermine und Aktenstudium. Reisezeiten werden zu 50 % des Stundenhonorars abgerechnet, soweit nicht anderweitig vereinbart.

### § 3 — Abrechnung und Fälligkeit

Die Abrechnung erfolgt monatlich auf Basis der aufgewendeten Stunden (Mindesteinheit 6 Minuten). Die Rechnungsstellung erfolgt am Monatsende; fällig 14 Tage nach Zugang. Der Auftraggeber erhält einen Tätigkeitsnachweis (Stundenprotokoll) als Anlage zur Rechnung.

### § 4 — Kostenvorschuss

Die Kanzlei ist berechtigt, vor Mandatsbeginn und während der Bearbeitung Kostenvorschüsse anzufordern. Die Kanzlei ist nicht zur Leistung verpflichtet, bevor der Vorschuss eingegangen ist.

### § 5 — Verhältnis zu RVG-Gebühren

Diese Vereinbarung ersetzt vollständig die gesetzlichen Gebühren nach dem RVG. Soweit gesetzliche Gebühren gegenüber der Gegenseite oder einer Rechtsschutzversicherung geltend gemacht werden, richtet sich die Erstattung nach den gesetzlichen Gebühren (RVG). Ein etwaiger Mehraufwand verbleibt beim Auftraggeber.

### § 6 — Schriftform

Diese Vereinbarung bedarf der Schriftform gemäß § 3a Abs. 1 S. 1 RVG. Mündliche Nebenabreden sind nicht wirksam.

## **§ 7 — Hinweis nach § 3a Abs. 1 S. 2 RVG**

Der Auftraggeber ist darauf hingewiesen worden, dass die vereinbarte Vergütung von den gesetzlichen Gebühren nach dem RVG abweichen kann.

Köln, den \_\_\_\_\_

---

Roosendaal & Tannenfels PartmbB Auftraggeber

Rechtsgrundlagen: BRAO § 49b · RVG § 3a · RVG § 4 · BORA § 12 · [dejure.org/gesetze/RVG/3a.html](https://dejure.org/gesetze/RVG/3a.html)

**Datei:** docx/mandatsbestaetigung-anfrage-03.docx

Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB

Breite Straße 74 · 50667 Köln · Tel. 0221/487 32 10

[kanzlei@roosendaal-tannenfels.de](mailto:kanzlei@roosendaal-tannenfels.de)

Frau

Margarethe Pellbach

Dürener Straße 312

50935 Köln

Köln, 14. April 2026

Mandatsbestätigung — Aktenzeichen RT-2026-Q2-0314

Erbstreit nach Heinrich Hoffrichter (verst. 08.01.2026)

Sehr geehrte Frau Pellbach,

wir bestätigen Ihnen hiermit, dass wir Ihr Mandat in der oben bezeichneten Erbsache angenommen haben. Wir werden Sie in Ihrer Angelegenheit gegenüber Ihrem Bruder Herrn Rainer Hoffrichter und dessen Rechtsanwalt Dr. Tobias Kern (Aachen) vertreten.

### **Sachstand und nächste Schritte**

Wir haben Ihre Unterlagen (Testament, Sterbeurkunde, Anwaltsschreiben Dr. Kern) entgegengenommen. In den nächsten Wochen werden wir:

1. Den Erbscheinsantrag beim Amtsgericht Bergisch Gladbach vorbereiten und einreichen;
2. RA Dr. Kern anschreiben und zur Stellungnahme auffordern;
3. Die Frage der Testierfähigkeit Ihres Vaters rechtlich und sachverständig prüfen lassen;
4. Ein Nachlassinventar erstellen.

### **Honorar**

Für die Erstberatung am 14.04.2026 berechnen wir Ihnen eine Beratungsgebühr von 190,00 EUR netto zzgl. 19 % USt = 226,10 EUR brutto (gemäß § 34 RVG). Die Rechnung wird Ihnen gesondert zugesandt.

Für das laufende Mandat haben wir eine Honorarvereinbarung besprochen. Anbei erhalten Sie die Honorarvereinbarung zur Unterzeichnung. Bitte senden Sie uns eine unterzeichnete Ausfertigung zurück.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Henrietta Vellbruck

Rechtsanwältin | Fachanwältin für Erbrecht

Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB

Anlagen: Honorarvereinbarung zur Unterzeichnung · Empfangsbestätigung Unterlagen

Rechtsgrundlagen: RVG § 34 · RVG § 3a · BORA §§ 3, 11 · BRAO § 43a ·  
[dejure.org/gesetze/RVG/34.html](http://dejure.org/gesetze/RVG/34.html)

Datei: docx/vollmacht-allgemein.docx

Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB

Breite Straße 74 · 50667 Köln

ALLGEMEINE VERFAHRENSVOLLMACHT

Ich / Wir (nachfolgend „Vollmachtgeber“):

Name/Firma: \_\_\_\_\_

geb. / HR-Nr.: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Tel./E-Mail: \_\_\_\_\_

bevollmächtigte(n) hiermit die Sozietät

Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB

Breite Straße 74, 50667 Köln

mich / uns in meiner / unserer Angelegenheit betreffend: \_\_\_\_\_

zu vertreten, insbesondere:

1. außergerichtlich zu handeln, zu verhandeln und Erklärungen abzugeben;
2. vor allen Gerichten, Behörden und Ämtern als Prozess- oder Verfahrensbevollmächtigte aufzutreten;
3. Zustellungen in Empfang zu nehmen;
4. Untervollmacht zu erteilen;
5. Zahlungen entgegenzunehmen und zu quittieren;
6. Vergleiche abzuschließen;
7. Rechtsmittel einzulegen oder darauf zu verzichten;
8. Klagen zu erheben oder zurückzunehmen.

Die Vollmacht gilt bis zu ihrer ausdrücklichen schriftlichen Widerrufung. Sie erstreckt sich auf alle Instanzen und Verfahren.

Datenschutzhinweis: Die Kanzlei verarbeitet Ihre Daten gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO zur Erfüllung des Mandatsverhältnisses. Weitere Informationen: Datenschutzerklärung der Kanzlei (auf Anfrage oder unter [www.roosendaal-tannenfels.de](http://www.roosendaal-tannenfels.de)).

Ort, Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

(Bei juristischen Personen: Unterschrift und Stempel des vertretungsberechtigten Organs)



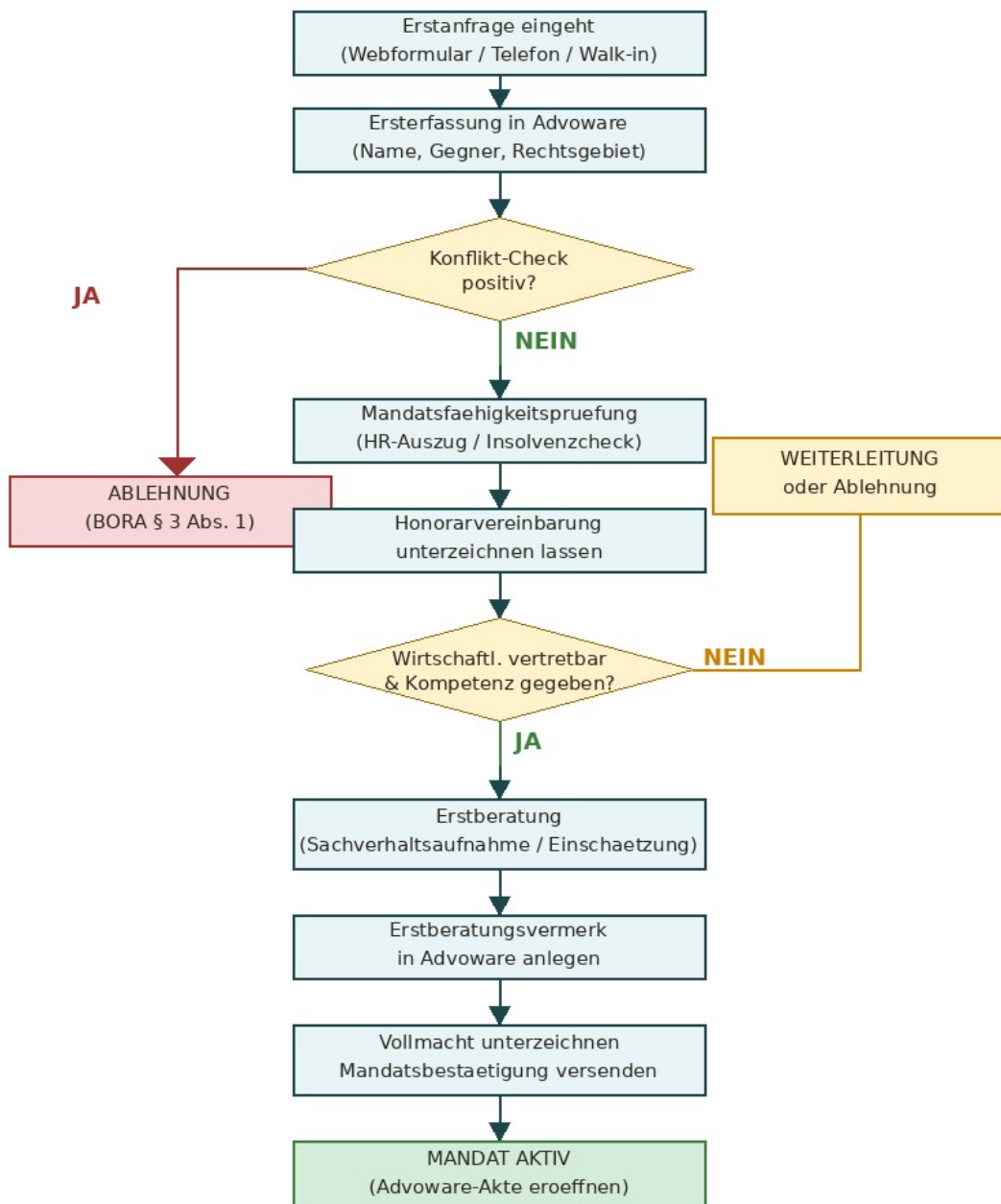
Rechtsgrundlagen: BRAO § 11 · BRAO § 43a · BORA §§ 3, 4 · ZPO § 80 ·  
[dejure.org/gesetze/BRAO/11.html](http://dejure.org/gesetze/BRAO/11.html)

## Bildanlagen und Screenshots

Datei: bilder/flowchart-erstkontakt.jpg

### Flowchart: Erstkontakt-Workflow

Roosendaal & Tannenfels PartmbB



Roosendaal & Tannenfels PartmbB - Breite Strasse 74, Koeln - Stand Q2/2026  
Rechtsgrundlagen: BORA § 3 | BRAO § 43a | RVG § 3a | dejure.org/gesetze

Bilddatei: flowchart-erstkontakt.jpg

Datei: bilder/kanzleischild-roosendaal-koeln.jpg



Bilddatei: kanzleischild-roosendaal-koeln.jpg

Datei: bilder/screenshot-mandantenportal.jpg

Mandantenportal - RT [www.roosendaal-tannenfels.de/mandantenportal](http://www.roosendaal-tannenfels.de/mandantenportal)

**Roosendaal & Tannenfels | Mandantenportal**

Erstanfrage Meine Akte Termine Dokumente Nachrichten

**Neue Erstanfrage einreichen**

Name, Vorname

E-Mail-Adresse

Telefonnummer

Rechtsgebiet (bitte waehlen)

Kurze Beschreibung Ihres Anliegens

Name der Gegenseite (fuer Konflikt-Check)

☐ Ich stimme der Verarbeitung meiner Daten zu. [FEHLT: Link zur Datenschutzerklaerung]

Anfrage absenden

Bilddatei: screenshot-mandantenportal.jpg

## **PDF-Anhang: pdfs/kanzlei-aufnahmeprozess-leitfaden.pdf**

Datei: kanzlei-aufnahmeprozess-leitfaden.pdf

# Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB

Breite Strasse 74 - 50667 Koeln - Tel. 0221/487 32 10

---

## Interner Leitfaden: Mandatsaufnahme-Prozess

Stand: 01. Januar 2026 - Vertraulich - Nur fuer Kanzleimitglieder

### 1. Zweck und Anwendungsbereich

Dieser Leitfaden regelt den verbindlichen Prozess zur Aufnahme neuer Mandate bei Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwälte PartmbB. Er gilt fuer alle Rechtsanwaeltinnen und Rechtsanwaelte sowie das Verwaltungspersonal. Ziel ist es, Interessenkonflikte fruehzeitig zu erkennen, die Mandatsfaehigkeit von Anfragenden zu pruefen und eine rechtssichere Honorarvereinbarung zu treffen, bevor inhaltliche Beratungsleistungen erbracht werden.

### 2. Phasen des Aufnahmeprozesses

#### Phase 1: Erstanfrage und Ersterfassung

- Alle Anfragen (Webformular, Telefon, Walk-in, Empfehlung) werden durch die Telefonzentrale oder das Sekretariat entgegengenommen.
- Mindestangaben: Name des Anfragenden, Rechtsgebiet (kurz), Name der Gegenseite, Kontaktdaten, Eingangskanal, Eingangszeit.
- Eintrag in Advoware unter 'Neue Anfrage / Interessent' innerhalb von 2 Stunden nach Eingang.

#### Phase 2: Konflikt-Check (obligatorisch vor jedem Erstgespraech)

- Abfrage im Advoware-Mandantenstamm nach: (a) Name des Anfragenden, (b) Name der Gegenseite, (c) etwaige verbundene Unternehmen.
- Rechtsgrundlage: BORA Paragraph 3 Abs. 1 (Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen); BRAO Paragraph 43a Abs. 4 (Verschwiegenheit).
- Bei negativem Ergebnis (kein Konflikt): Freigabe-Stempel in Advoware; Mandatsbestaetigung erst nach Freigabe versenden.
- Bei positivem Ergebnis (Konflikt): Sofortige Ablehnung, schriftliche Information an Anfragenden, keine inhaltliche Beratung.

Quelle: BORA Paragraph 3 - [brak.de/bora](https://www.brak.de/bora)

#### Phase 3: Mandatsfaehigkeitspruefung

- Natuerliche Personen: Identitaetsfeststellung (Kopie Personalausweis oder Reisepass).
- Juristische Personen: HR-Auszug (nicht aelter als 3 Monate), Insolvenzcheck ([insolvenzbekanntmachungen.de](https://www.insolvenzbekanntmachungen.de)), Identifikation des Vertretungsorgans.
- GwG-Pruefung (Geldwaeschegesetz): Bei Mandatswert > 15.000 EUR Identifizierung nach Paragraphen 10 ff. GwG.

#### Phase 4: Honorarmodell und Honorarvereinbarung

- Entscheidung: Gesetzliche Gebuehren nach RVG oder abweichendes Zeithonorar (Paragraph 3a RVG).
- Zeithonorar erfordert zwingend Schriftform (Paragraph 3a Abs. 1 S. 1 RVG). Muendliche Vereinbarungen sind unwirksam.
- Unterzeichnung der Honorarvereinbarung vor oder spaetestens zu Beginn des Erstgespraechs, bevor inhaltliche Beratung beginnt.

Quelle: RVG Paragraph 3a - [dejure.org/gesetze/RVG/3a.html](https://dejure.org/gesetze/RVG/3a.html)

### **Phase 5: Erstberatung und Erstberatungsvermerk**

- Sachverhaltsaufnahme: Vollstaendig und strukturiert (Wer, Was, Wann, Dokumente, Fristen).
- Vorlaeufige Rechtseinschaetzung ohne abschliessende Garantien; auf offene Fragen und Beweisfragen hinweisen.
- Fristenhinweis: Immer auf laufende oder drohende Verjaehrungs- und Ausschlussfristen hinweisen.
- Erstberatungsvermerk: Innerhalb von 24 Stunden nach dem Gespraech in Advoware anlegen.

### **Phase 6: Vollmacht und Mandatsbestaetigung**

- Allgemeine Verfahrensvollmacht unterzeichnen lassen (Muster in Advoware).
- Mandatsbestaetigung erst nach: (a) positivem Konfliktcheck, (b) unterzeichneter Vollmacht, (c) unterzeichneter Honorarvereinbarung.
- Original-Vollmacht in physischer Handakte; Digitalkopie in Advoware.

## **3. Ablehnung und Weiterleitung**

Eine Ablehnung der Mandatsuebernahme erfolgt schriftlich (Brief oder E-Mail) mit kurzer Begruendung, ohne Offenbarung von Mandantengeheimnissen. Es werden stets alternative Anlaufstellen genannt (z.B. Anwaltssuchdienst RAK Koeln, Beratungshilfestelle, Fachkanzleien). Eine Beratungsgebuehr wird nur erhoben, wenn eine inhaltliche Erstberatung stattgefunden hat.

## **4. Rechtsgrundlagen**

- BORA Paragraphen 3, 11, 12 - <https://www.brak.de/die-brak/satzungsrecht/bora/>
- BRAO Paragraphen 43a, 49b - <https://dejure.org/gesetze/BRAO/43a.html>
- RVG Paragraphen 3a, 13, 14, 34 - <https://dejure.org/gesetze/RVG>
- VV-RVG Nr. 2300, 7002, 7008 - <https://dejure.org/gesetze/RVG>
- DSGVO Art. 6, Art. 13 - <https://dejure.org/gesetze/DSGVO/6.html>
- GwG Paragraphen 10 ff. - <https://dejure.org/gesetze/GwG/10.html>

## PDF-Anhang: pdfs/rvg-tabelle-streitwert-auszug.pdf

Datei: rvg-tabelle-streitwert-auszug.pdf

# Roosendaal & Tannenfels Rechtsanwaelte PartmbB

## RVG-Gebuehrentabelle Paragraph 13 - Anlage 2 - Streitwert-Auszug

Stand: RVG i.d.F. vom 05.10.2021 (KostRAeG 2021)

Die nachfolgende Tabelle enthaelt einen Auszug aus Anlage 2 zu Paragraph 13 RVG (Wertgebuehren). Die Betraege geben den Wert einer einfachen (1,0-fachen) Gebuehr an. Fuer die Geschaeftsgebuehr nach Nr. 2300 VV-RVG ist in der Regel der 1,3-fache Satz anzusetzen (Paragraph 14 RVG). Quelle: [dejure.org/gesetze/RVG/13.html](https://dejure.org/gesetze/RVG/13.html)

Streitwert bis EUR	1,0-Gebuehr EUR	1,3-Gebuehr EUR (Nr. 2300 VV)	2,0-Gebuehr EUR
500	49,00	63,70	98,00
1.000	88,50	115,05	177,00
1.500	127,00	165,10	254,00
2.000	165,00	214,50	330,00
3.000	222,00	288,60	444,00
4.000	278,00	361,40	556,00
5.000	303,00	393,90	606,00
6.000	333,00	432,90	666,00
7.000	368,00	478,40	736,00
8.000	402,00	522,60	804,00
9.000	437,00	568,10	874,00
10.000	471,00	612,30	942,00
13.000	581,00	755,30	1.162,00
16.000	668,00	868,40	1.336,00
19.000	756,00	982,80	1.512,00
22.000	844,00	1.097,20	1.688,00
25.000	931,00	1.210,30	1.862,00
30.000	1.078,00	1.401,40	2.156,00
40.000	1.371,00	1.782,30	2.742,00
50.000	1.664,00	2.163,20	3.328,00
65.000	1.916,00	2.490,80	3.832,00
80.000	2.168,00	2.818,40	4.336,00
110.000	2.672,00	3.473,60	5.344,00
175.000	3.680,00	4.784,00	7.360,00



Streitwert bis EUR	1,0-Gebuehr EUR	1,3-Gebuehr EUR (Nr. 2300 VV)	2,0-Gebuehr EUR
300.000	4.838,00	6.289,40	9.676,00
500.000	6.678,00	8.681,40	13.356,00
ueber 500.000	s. Paragraph 13 Abs. 2 RVG		

### Wichtige VV-RVG-Nummern (Auszug)

VV-Nr.	Bezeichnung	Gebuehrenrahmen	Regelgebuehr
2100	Beratungsgebuehr (allg. Rat, aussergerichtl.)	1,0	1,0
2300	Geschaeftsgebuehr (aussergerichtl. Taetigsein)	0,5 - 2,5	1,3
3100	Verfahrensgebuehr (gerichtlich)	1,3	1,3
3104	Terminsgebuehr (gerichtlich)	1,2	1,2
7002	Post- und Telekommunikation (Pauschale)	20 %, max. 20 EUR	20 EUR
7008	Umsatzsteuer	19 %	19 %

Rechtsgrundlagen: RVG Paragraph 13 - [dejure.org/gesetze/RVG/13.html](https://dejure.org/gesetze/RVG/13.html) - RVG Paragraph 14 - [dejure.org/gesetze/RVG/14.html](https://dejure.org/gesetze/RVG/14.html)